

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Postgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 65 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
11. September 1911

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zeitlin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Der bevorstehende Parteitag der Sozialdemokratie. — Zur Frage der Frauenleseabende. — Die Umwälzung in England. Von Th. Rothstein. — Elise Schwichel. Von M. Kl. — Die vierte Frauentafel in Oesterreich. Von A. P. — Vornehme Schmutzkuren. Von Emil Unger.
Aus der Bewegung: Von der proletarischen Frauenbewegung in Kiel-Boarden. — Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen des sechsten sächsischen Reichstagswahlkreises. — Von der sozialistischen Jugendbewegung in Nürnberg. — Von der Kinderschutzkommission Frankfurt a. M. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Die Arbeiterinnen im Tätigkeitsbericht des Holzarbeiterverbandes. Von Sk. — Fortschritte der gewerkschaftlichen Arbeiterinnenorganisation in England. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Verschiedenes.

Der bevorstehende Parteitag der Sozialdemokratie.

Die Jenaer Arbeitswoche der deutschen Sozialdemokratie wird in der Hauptsache den Auftakt zu den nächsten Reichstagswahlen bringen. Sie soll eine Zeit aufmerksamer, eifriger Waffenprüfung und Rüstung sein. Die Kampfbegier zittert den Parteimassen in den strammen Gliedern. Es drängt sie, die Scharte der Hottentottenwahlen von 1907 auszuweihen und die seither wieder und wieder erwiesene unbezwingliche Lebenskraft der „Niedergerittenen“ durch einen glänzenden Sieg auch dem letzten Zweifler zum Bewußtsein zu bringen. Es verlangt sie heiß danach, die Gunst der politischen Stunde zu einer gründlichen, unerbittlichen Abrechnung mit den herrschenden Klassen und ihrem Staate zu nutzen wegen all der Plünderung und Knechtung des werktätigen Volkes, deren sie sich in den letzten Jahren mittels der politischen Macht schuldig gemacht haben. Bei dieser Abrechnung gilt es mehr denn je — um mit Lassalle zu reden — die ganze Kraft in der Faust zu einem Schlage zusammenzuballen.

Denn das bevorstehende Ringen um Stimmen und Mandate wird ganz erheblich über die Ufer einer gewöhnlichen Reichstagswahlkampagne zwischen den politischen Parteien hinaus-treten und sich zu einer hohen brandenden Welle des Kampfes zwischen den beiden großen sozialen Klassen der Ausgebeuteten und Ausbeutenden erheben, die sich als Todfeinde von Angesicht zu Angesicht gegenüberstehen. Die Kuhhandel zwischen den bürgerlichen Parteien sind im besten Gange, werden zahlreicher und buntscheckiger. Gläubige Zentrumsleute finden sich mit freimaurerischen nationalliberalen Kulturkämpfern zusammen; Fortschrittliche Volksparteiler mit Nationalliberalen, Antisemiten, vielleicht auch hier und da noch mit Bauernbündlern, Zentrümern und Konservativen. Jedoch deutlicher als das Schwachen der politischen Vorhut des kapitalistischen Klassenstaats redet zu uns die Tatsache, daß die großen, scharfmacherischen wirtschaftlichen Unternehmerorganisationen unverhüllter und entscheidender in den Wahlkampf eingreifen werden wie je zuvor.

Aug' in Auge mit dieser Situation wäre nichts verfehlter, als wollte die Sozialdemokratie den Wahlrechtskampf lediglich

unter dem engen Gesichtswinkel des bürgerlichen Parlamentarismus in Würdigung der Konstellation der Parteien betrachten und ihre Hauptstosskraft im Kampf gegen den blauschwarzen Block allein erschöpfen. Das kann sie nicht mehr, sogar wenn faustlebende Gemüter es wollten. Der Marokkohandel hat bereits den Weg zu jener idyllischen Betrachtung der politischen Dinge verlegt, indem er die eroberungstolle Weltmachtspolitik, den Imperialismus klogig und breit in den Mittelpunkt des politischen Lebens schob. Wenn der drohende Krieg vermieden bleiben sollte, so sind dafür neue gewaltige Rüstungen — zumal zur See — bis zum Weißbluten der ausgebeuteten Habsichte im Deutschen Reiche totficher. Man erinnere sich der Hamburger Kaiserrede mit der Perspektive auf steigende „See-geltung“. Die Politik des Imperialismus begreift alle Abel, alle Infamien der kapitalistischen Klassenherrschaft in sich: Steigerung der wirtschaftlichen Ausplünderung der Massen durch schamlose Steuer- und Liebesgabenwirtschaft; brutales Zurückdrängen der sozialen Reformarbeit und Verzicht auf die Lösung von Kulturaufgaben; Niederknüttelung des politischen Rechts der Massen. Die stotreaktionäre Weltmachtspolitik wird aber in rasch steigendem Maße zur einigenden Lösung aller bürgerlichen Parteien. Wenn es auch einzelne kapitalistische Eliten sind, welche die Drähte der tanzenden Staatsmännlein ziehen und den fettesten Rahm von der Kolonialschüssel abschöpfen, so stehen doch die besitzenden Klassen so gut wie einmütig dahinter, um den Imperialismus zu fördern, statt ihm zu wehren. Die freisinnigen Bläser der Schiedsgerichtschalmeien auf bürgerlichen Friedenskongressen inbegriffen lassen sich heute die „entschiedenen Liberalen“ auf der bürgerlichen Linken an Bewilligungseifer für Kanonen, Panzerschiffe und Kolonialabenteuer von den Zentrümern kaum noch überbieten.

Die weitverzweigte und vielverschlungene Wurzel dieser Entwicklung hafet in den Tiefen des wirtschaftlichen Lebens. Die Ökonomie beherrscht die Politik. Die zunehmende Reife der kapitalistischen Produktion zeitigt ihre unvermeidlichen Folgen: sich verschärfende wirtschaftliche, soziale und nationale Gegensätze; eine Rebellion der riesigen Produktionskräfte gegen die sie einschnürende Produktionsweise und Eigentumsordnung; die wachsende Unfähigkeit der besitzenden Klassen, die Gegensätze auch nur zu mildern, geschweige denn zu bannen; und als letzte und klassische Form, als Kulminationspunkt aller Gegensätze, aller Rebellionen: der Klassen Gegensatz des Proletariats zu der Bourgeoisie und dessen Klassenkampf für die soziale Revolution. Die dank der kapitalistischen Massenausbeutung sich sendende Aufnahmefähigkeit des Heimatmarktes neben nie geahntem märchenhaften Wachstum der Produktivkräfte, läßt die besitzenden Klassen nach dem Imperialismus greifen als nach der letzten Rettungsplanke für ihre Ausbeutung und Herrschaft. Der ganze soziale Zusammenhang bewirkt es, daß die Politik des Imperialismus zusammen mit der Unterwerfung und Knechtung sogenannter wilder und barbarischer Völkerschaften und Rassen auch die gepanzerte Faust dem politischen Recht der Arbeiterklasse des eigenen Landes ins Antlitz schlägt. Daher schreitet sie Arm in Arm mit der ärgsten politischen Reaktion,

mit Rechtsverweigerung und Rechtszertrümmerung und Stärkung der Regierungsgewalt einher. In England, dem Mutter- und Musterland der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen Parlamentarismus, hat seit dem Austausch des Imperialismus der monarchistische Gedanke eine Renaissance erlebt, die unmöglich gedünkt hätte. Seitdem vom Deutschen Reich der Dreizack in die Faust genommen wurde, hat sich der nie überwundene Halbabsolutismus zur gefährlichsten persönlichen Selbstregiererei entwickelt.

Dieses Regiment kann nur gebrochen werden, wenn das Proletariat im Kampfe für die volle Demokratie — die Republik inbegriffen — das Dreiklassenparlament in die Luft sprengt. Das Ringen Brust an Brust mit dem Imperialismus ist eng mit dem preussischen Wahlrechtskampf verknüpft. Wir wissen nicht, wie bald dieser wieder eine Sturmflut an die Mauern des gehafteten und verachteten Privilegienhauses emporpeitschen wird, allein die jüngsten gewaltigen Ereignisse in England haben gezeigt, wie reizend schnell in gewissen Situationen Massenbewegungen der schlecht oder gar nicht Organisierten und Geschulten entstehen und, sich ihr eigenes Strombett grabend, über die Führer hinwegbrausen. So heißt es auch für das preussische Wahlrechtsringen: stets Gewehr bei Fuß; die proletarischen Rechtsforderungen wie den Kampf gegen den Imperialismus zu wesentlichen Bestandteilen der Wahlkampagne machen, unbekümmert darum, ob den bürgerlichen Elementen und Parteien das in den Kram ihres Mandatschachers paßt.

Bei dem Ernst der Lage, die jederzeit über Nacht die Sozialdemokratie als die politische Führerin der proletarischen Massen wie diese Massen selbst vor die gefährlichsten und opferreichsten, verantwortungsschwersten Aufgaben stellen kann, bedauern wir es lebhaft, daß der Parteivorstand, weder den Imperialismus noch den preussischen Wahlrechtskampf als besonderen Gegenstand der Beratungen in Jena vorgesehen hat. Gewiß: das Referat über die Reichstagswahl kann an beiden Fragen nicht vorübergehen, denn sie stehen auf der lebendigen Tagesordnung der Politik. Aber freilich kann nun ihre Erörterung nicht so weitspannend und gründlich sein, als wenn sie auf der breiten Grundlage eigener Referate vorbereitet worden wäre. Dagegen meinen wir, daß weder die Partei noch die Reichsversicherungskommission zu kurz gekommen sein würde, wenn der Parteitag diese Materie lediglich im Rahmen des Berichtes unserer Reichstagsfraktion zu behandeln hätte. Zwei seiner Vorgänger haben sich bereits eingehend mit ihr befaßt, und so wichtig sie ist: sie rührt nicht entfernt an so starke Lebensnerven des Proletariats wie Imperialismus und Wahlrechtskampf.

Der Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes, die Entwicklung der Partei, ihre Arbeit und ihr Kampf und der Bericht der Reichstagsfraktion geben ein Bild des blühenden Lebens der Sozialdemokratie. Sein Eindruck wird bei den Debatten durch das Drängen nach weiterem Fortschritt vertieft werden. Besondere Beachtung kommt den Anregungen zu, entsprechend der größeren Ausdehnung und Mannigfaltigkeit des Tätigkeitsfeldes der Sozialdemokratie, den Parteivorstand zu vergrößern und eine konsequente technische Reorganisation vorzunehmen.

Der Jenaer Parteitag ist der erste, der seit dem Tode unseres unvergesslichen Paul Singer stattfindet. Wie viele werden bei scharfen Auseinandersetzungen seine feste und doch freundlich leitende Hand, seine mannhafte Unererschütterlichkeit im Bekenntnis durch Wort und Tat zum revolutionären Sozialismus und seiner alten grundsätzlich gebundenen Taktik vermissen! Gedanken wir dieses Kämpfers in dem Bewußtsein, daß das Schiff, das er so oft gesteuert, am besten im Sturme segelt. Stürme tragen es den grüßenden Ufern seiner geschichtlichen Bestimmung zu.

Zur Frage der Frauenleseabende.

Die Frage der Lese- und Diskussionsabende, die auf der Tagesordnung der Frauenkonferenz steht, wird an Bedeutung für die sozialistische Frauenbewegung von keinem anderen Gegen-

stand übertroffen, dessen Behandlung vorgesehen ist. Sie ist eine Frage der inneren Fortentwicklung dieser Bewegung zu jener Klarheit und Reife, die sie in steigendem Maße dem allgemeinen proletarischen Emanzipationskampf eingliedert und leistungsfähig für seine Schlachten macht. Um was es sich bei ihr handelt, sind die Mittel und Wege, einen starken Stamm von Genossinnen mit dem Wesen der sozialistischen Auffassung zu durchdringen, sie aus instinktiv mit ihrer Klasse Fühlenden zu zielklar mit dem Proletariat Arbeitenden und Kämpfenden zu bilden und sie dadurch zu befähigen, neue, größere Scharen der Frauen des werktätigen Volkes um das sozialistische Banner zu scharen und an ihnen die gleiche Erziehungsarbeit vollbringen zu helfen, die sie selbst früher emporgetragen hat.

Die Lese- und Diskussionsabende sollen im Bewußtsein der weiblichen Parteimitglieder die feste, unzerstörbare Grundlage von Kenntnissen und Erkenntnissen aufbauen, in der die grundsätzlichen Auffassungen der Sozialdemokratie sicher verankert werden können, die richtung- und zielsetzende Arbeit und Kampf der Genossinnen bestimmen. Ihr Wirken wird in dem inneren Gehalt der proletarischen Frauenbewegung zum Ausdruck kommen und ihm charakteristische Züge aufprägen. Je mehr die Massen der Proletarierinnen anschwellen, die des Lebens Not und des Geistes trohige Erhebung dawider in unsere Reihen treibt, um so bedeutsamer muß ihr Wirken werden. So ist es ein großes und ein entscheidendes Stück Zukunft der sozialistischen Frauenbewegung, die wir in Gestalt der Lese- und Diskussionsabende vor uns haben, ein Stück Zukunft, dessen Gestaltung wir nicht dem Zufall und spielerischem Experimentieren überlassen dürfen, vielmehr bewusst in die Hand nehmen müssen.

Es ist hohe Zeit, daß eine Tagung der Genossinnen an die in dieser Beziehung vorliegende Aufgabe herantritt. Die Praxis, von der Notwendigkeit gerufen und angespornt, ist der Klärung der Frage bereits mit starken Schritten vorangeeilt, seitdem die Proletarierinnen zu Zehntausenden und Zehntausenden das vom Reichsvereinsgesetz den Frauen zuerkannte Recht nutzen, Mitglieder politischer Organisationen zu sein. Und wir verdanken der Praxis eins: daß sie in verhältnismäßig kurzer Zeitpanne die früher so lange und heiß umstrittene Frage entschieden hat: Darf und muß es in der Partei besondere Einrichtungen zur theoretischen und praktischen Schulung der Genossinnen geben? Die Existenzberechtigung der Lese- und Diskussionsabende ist sowohl durch das Bedürfnis nach solchen Veranstaltungen wie durch ihren Nutzen überzeugend bescheinigt worden; durch ein Bedürfnis, daß sich nirgends ungestraft zur Seite schieben ließ, wo die Genossinnen danach dürsteten, das Leben der Sozialdemokratie in seiner ganzen Tiefe und Breite täglich mitzuleben, durch einen Nutzen, der überall unleugbar war, wo ihre Schulung systematisch unter sachkundiger und geschickter Leitung in Angriff genommen wurde.

So haben die Genossinnen und so hat die Sozialdemokratie mit ihnen eine Periode eifriger und im allgemeinen auch fruchtbarer Versuche zur sozialistischen Durchbildung der weiblichen Parteimitglieder hinter sich. Denn fast allerwärts mußten sie tastend und probierend ihren Pfad suchen unter Bedingungen, die nicht selten von Ort zu Ort andere waren. Und wenn in der Folge hier und da mancher Umweg gewandelt und kein billiges Lehrgeld gezahlt worden ist, so sind auch wiederum keine der Anregung, der Kräfteentfaltung in reicher Fülle emporgesprossen, und viele wegweisende Erfahrungen konnten gesammelt werden. Nun gilt es zu sichten und zu ordnen, was in bunter Mannigfaltigkeit vor den Genossinnen steht, um aus vielem Guten das Beste zu gewinnen. Das wird die Aufgabe der Frauenkonferenz sein. Sie kann nicht gelöst werden, ohne daß Kritik an Mitteln und Wegen geübt wird, die den einzelnen durch treue Arbeit der letzten Jahre teuer geworden sind. Solche Kritik — wie scharf sie auch ausfallen möge — darf nicht als Bemäkelung des vergangenen Wirkens, nicht als Vorwurf und Klage über Unzulängliches empfunden werden. Sie ist lediglich zu werten als unvermeidlicher Ausgangspunkt für die zukünftige Betätigung und ihre großen allgemeinen Richtlinien.

Auch der kritischen Betrachtung ist in mehr als einer Beziehung durch die Praxis selbst tüchtig vorgearbeitet worden. Wir denken dabei in erster Linie daran, daß in vielen großen, gesund entwickelten Sihen unserer Bewegung sich erfolgreich eine Erkenntnis durchzusetzen beginnt: die Frauenleseabende dürfen nicht im bunten Wechsel ein Sammelsurium der verschiedensten „interessanten“ Fragen nach dem Motto behandeln: „Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen.“ Sie müssen es mit der alten Weisung des „Viel, aber nicht vielerlei“ halten und sich auf die Durcharbeitung weniger, aber grundlegender Materien beschränken. Die Praxis hat darüber hinaus noch ein zweites in scharfe Beleuchtung gerückt. Die zu behandelnden Fragen dürfen nicht in planlosem Durcheinander vorgenommen werden. Jede einzelne von ihnen ist nach einem wohlbedachten Plan durcharbeiten, der die einzelnen Teile des Gegenstandes und seine verschiedenen Seiten in den richtigen inneren Zusammenhang untereinander und mit den allgemeinen großen Problemen der sozialen Frage scharf in die Erscheinung treten und zum Bewußtsein der zu schulenden Genossinnen kommen läßt. Die Lösung: gründliche und systematische Bildungsarbeit durch die Diskussionsabende wird immer allgemeiner. Das haben nicht nur die Artikel gezeigt, die zur Frage der Leseabende in der „Gleichheit“ erschienen sind, das lassen auch die Berichte der Genossinnen deutlich erkennen. In dieser Hinsicht dürfte es auf der Frauenkonferenz kaum zu wesentlichen Meinungsverschiedenheiten kommen.

Anders liegen die Dinge, sobald die Frage aufgeworfen wird: Was soll der Lehrstoff des systematischen Unterrichts sein? Soweit die Praxis die Antwort darauf gegeben hat — auch das konnte man nach der „Gleichheit“ feststellen —, lautet sie beinahe allgemein: Das sozialdemokratische Reformprogramm unter Berücksichtigung des allseitigen Interesses der proletarischen Frauen und der Forderungen, welche jeweilig durch den Tageskampf der Sozialdemokratie in den Vordergrund geschoben werden. Diese Auffassung wird durch den Hinweis auf das noch nicht genügend geweckte Interesse der meisten Frauen für das gesellschaftliche Leben begründet, wie durch den Hinweis auf die ihnen mangelnden Kenntnisse und im Zusammenhang mit dieser ihrer geschichtlich erklärlichen Rückständigkeit mit ihrer Abneigung gegen die „graue Theorie“ und der Unfähigkeit, deren Gedankengänge zu begreifen. Die Gegenwart mit ihren brennenden Leiden und dringenden Bedürfnissen — namentlich soweit sie in das Leben der Proletarierin eingreifen — soll der archimedische Punkt sein, an dem der Hebel der Schulungsarbeit einsetzt, um die alte geistige Welt der Frau mit ihrem engen Horizont und ihrer dumpfen hoffnungslosen Atmosphäre aus den Angeln zu heben. Hier liegen Wirklichkeiten, nicht Begriffe, die sich in dem alltäglichen Leben und Weben der Proletarierinnen unwiderstehlich geltend machen. Von ihnen aus muß der Weg sicher zur Sympathie für die Sozialdemokratie, zum Anschluß an sie und zum Verständnis ihrer Ziele führen.

„Wenn man's so hört, fast könnt' es leidlich scheinen!“ Was über die Bedeutung der Gegenwart, die soziale Wirklichkeit als Ausgangspunkt systematischer Bildungskurse für die Genossinnen gesagt wird, unterschreiben wir durchaus. Wir unterstreichen es zweimal, nicht bloß um der angezogenen Gründe willen, sondern auch noch im Hinblick auf die Methode des Unterrichts. Jedoch weisen wir an unserem Teile mit allem Nachdruck die aus den richtigen Vorderjahren abgeleitete Schlußfolgerung zurück. Sie ist nichts weniger als zwingend, und sie ist sogar falsch, wenn man das Ziel der Leseabende an dem historisch geprägten Wesen der Sozialdemokratie mißt. Gibt etwa der zweite Teil unseres Programms mit seinen Gegenwartsforderungen Antwort auf die Frage nach der spezifisch sozialistischen Auffassung, nach dem Endziel der Sozialdemokratie, kurz, nach dem, was eine unüberbrückbare Kluft zwischen ihr und allen übrigen politischen Parteien und sozialen Bewegungen schafft? Mit nichten. Bürgerliche Parteien heben es bei ihrem Weitrennen um die Stimmen der Arbeiter oft genug hervor, daß auch sie die und jene dort geheischte Reformen

in ihrem Programm haben. Gewiß: die Sozialdemokratie unterscheidet sich von ihnen allen dadurch, daß sie die einzige Partei ist, die die Gesamtheit der einschlägigen Reformen fordert und diese auch nicht im „Silberschrein“ stehen läßt, vielmehr jederzeit kämpfend vertritt. Aber mit alledem werden diese Reformen selbst ihrem Wesen nach noch nicht sozialistisch, auch dann nicht einmal, wenn man sie in ihrem inneren Zusammenhang mit dem sozialistischen Endziel wertet als Mittel, das Proletariat für den Umsturz der bürgerlichen Gesellschaft besser zu rüsten. Auch in diesem Falle fehlt ja noch die richtige Würdigung dieses Endziels selbst als einer geschichtlich begründeten, unabwiesbaren Notwendigkeit. Was also muß die unvermeidliche Folge davon sein, daß wir die Bildungsarbeit unserer Leseabende auf den zweiten Teil unseres Programms aufbauen — vielleicht in Verbindung mit Tagesfragen? Daß wir die Besucherinnen dieser Veranstaltungen mit Verständnis für die Gegenwartsarbeit der Sozialdemokratie erfüllen, daß wir einsichtige Reformerrinnen erziehen, aber nicht revolutionäre Kämpferinnen. Derart unvollständig geschulte Genossinnen können in Wirklichkeit überzeugte Parteigängerinnen der Sozialdemokratie nur insoweit sein, als diese die Partei konsequenter, treuer Reformarbeit ist, eine demokratisch-soziale Reformpartei. Als Vorkämpferin der neuen Gesellschaftsordnung des Sozialismus, also ihres Wesens Kern nach, muß die Sozialdemokratie ihnen fremd bleiben. Man vergesse dabei nicht, daß — wie die Dinge liegen — verhältnismäßig wenige Genossinnen mehr als einen Jahreskursus der Leseabende besuchen.

Gegen unsere Schlußfolgerung wende man nicht ein, daß der gesamte Unterricht von sozialistischem Geist durchtränkt ist, daß bei jeder Gelegenheit der Hinweis auf die Unzulänglichkeit der Reformen und das unaufhaltsame Nahen der sozialistischen Gesellschaft erfolgt. Was ist gewöhnlich das Ergebnis davon? Im günstigsten Falle, daß wir Gefühlsozialistinnen erziehen, deren Auffassung der sozialen Frage nicht einen stolzen, fest gegliederten, unzerstörbaren Gedankenbau bildet, sondern einem Werkplatz gleicht, auf dem die Materialien eines solchen Baues chaotisch durcheinander liegen. Vielsach auch ein Schlimmeres: daß das Bekenntnis zum sozialistischen Endziel einem neuen Kirchendogma gleich gedankenlos, mechanisch hergebetet wird und damit die wirkende lebendige Kraft sowohl für die „Gläubigen“ wie für die zu „Belehrenden“ verliert.

Man mißverstehe die vorstehenden Ausführungen nicht. Es fällt uns nicht ein, damit bestreiten zu wollen, daß manche Proletarierinnen gerade zunächst durch die Reformforderungen für die Sozialdemokratie Interesse und Sympathie gewinnen, und daß eine gründliche Aufklärung über sie recht nottut. Wir behaupten nur, daß gerade diese Aufklärung im allgemeinen und in erster Linie nicht Aufgabe der Diskussionsabende der Genossinnen sein soll. Wir sind ferner der Ansicht, daß es just für solche Aufklärung nicht besonderer Veranstaltungen für die Genossinnen bedarf. Sie erfolgt — die aus den Interessen des Proletariats und aus der gesellschaftlichen Entwicklung herauswachsende Tagesarbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften bedingen dies — in ausgiebigem Maße in öffentlichen Versammlungen, innerhalb der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, durch unsere Presse und eine recht umfangreiche Broschürenliteratur. In dieser Beziehung braucht für die Schulung der Genossinnen nichts Neues, nichts Besonderes geschaffen zu werden, es gilt auf das Vorhandene aufmerksam zu machen und es nach Notwendigkeit zu vervollständigen.

Sollen unsere Frauenleseabende zielklare Sozialistinnen heranzubilden, unbeugsame Kämpferinnen gegen die bürgerliche Ordnung und für die sozialistische Zukunft: so muß der grundsätzliche Teil unseres Programms Gegenstand der systematischen Unterweisung sein. Nur er gibt die Antwort darauf, warum die Sozialdemokratie eine revolutionäre Partei ist und sein muß, die geschichtlich gebunden, jedoch das geschichtliche Muß verstehend und bewußt vollstreckend mit ihrem Ziele über die kapitalistische Gegenwart hinausreicht und die sozialistische Zukunft erkämpft. Nur wer den Gehalt der sozialdemokratischen Grund-

fähig geistig beherrscht, weiß und kann erklären, warum er zur Fahne der Sozialdemokratie steht.

Niemand wird diese Ansicht anfechten, aber viele, die ihr beipflichten, werden die Einführung in unser Reformprogramm, in die Frauen- und Arbeiterinnenfrage usw. als notwendigen Umweg erachten, um „zunächst“ die Genossinnen zu interessieren und festzuhalten. Der Umweg ist unseres Dafürhaltens vollständig überflüssig. In dieser Meinung lassen wir uns nicht durch die Beschwörung des Gespenstes einer Theorie schrecken, die „grau“, „trocken“, „langweilig“ und was sonst alles noch ist, vor allem aber „ganz unverständlich“ für die einfachen, ungelehrten Proletarierinnen. Wir sind nämlich der lehrerischen Ansicht, daß die Theorie an sich nicht grau, langweilig, unverständlich usw. sein muß, wohl aber so gemacht werden kann. Alle an die Wand gemalten Schrecken der Theorie können bei pädagogischer Begabung vermieden werden, wenn die Theorie nicht die Lehrenden hat und unterkriegt, sondern umgekehrt diese die Theorie haben und vollkommen meistern. Oft genug fehlt es aber an den hervorgehobenen Voraussetzungen. Die vielberufenen „schlechten Erfahrungen“ mit Versuchen hier und da, den grundsätzlichen Teil unseres Programms zum Lehrstoff der Leseabende zu machen, beweisen nichts für die „Unfruchtbarkeit“ der Theorie, Proletarierinnen die sozialistischen Grundanschaffungen zum Verständnis zu bringen. Worauf sie hinweisen, ist vielmehr lediglich, daß im allgemeinen falsche Wege beschritten worden sind, die Theorie in den Dienst dieses Zieles zu stellen.

Schon der Ausgangspunkt für die Einführung in die Grundlehren des wissenschaftlichen Sozialismus ist unserer Ansicht nach häufig ein falscher. Man klammert sich ängstlich an den Aufbau unseres Programms und der Literatur, die es erläutern soll, vor allem an Kautskys Erfurter Programm und die kleine bekannte Broschüre darüber. Man beginnt also mit der Vergangenheit, die begreiflicherweise den meisten Proletarierinnen ein totes, weitab von ihrer Interessen- und Gedankenwelt liegendes Etwas ist, zu dem kaum geistig verbindende Fäden hinüberführen, statt daß man bei der Gegenwart einsetzt, die vor den Lernenden als kräftig pulsierendes Leben steht, mit dem ihre Sorgen und Mühen, ihre Leiden und Hoffnungen verknüpft sind, das zu jeder Stunde fordernd und gebend an sie herantritt. Was ist die Folge davon?

Der armselige Geschichtsunterricht der Armenleutenschule hat der Mehrzahl der bildungsbegehrigen Besucherinnen unserer Leseabende die Kenntnisse vorenthalten, welche ein anschauliches, lebendiges Bild der Vergangenheit geben, besonders die kultur- und wirtschaftsgeschichtlichen Kenntnisse, die ein richtiges historisches Erfassen der gesellschaftlichen Triebkräfte und Zusammenhänge ermöglichen. Es muß ihnen — wenn man nicht oberflächlich verfahren will — ein weitreichendes Tatsachenmaterial vorgetragen werden, das sie — des Lernens meist lange wieder ungewohnt — sich nicht immer leicht aneignen vermögen. In Verbindung mit dem neuen Stoff sollen neue, ungewohnte Gedankengänge aufgenommen, behalten werden. Die Bewältigung dieser Aufgabe wird die Kräfte gar mancher nicht unbegabten und regamen Genossin derart einfordern, daß für die eigentliche geistige Verarbeitung des Bildungsmaterials nur wenig übrig bleibt. Ein freudloses, nur zu oft qualvolles Auswendiglernen und äußerliches Anlernen wird an Stelle jenes selbständigen Durchdenkens des Lehrstoffs treten, das erst das Gelernte zu wirklichem Besitz macht. Mit der eifrigen Selbsttätigkeit bei der Schulungsarbeit geht aber auch ein guter Teil Interesse daran verloren, der Flügel Schlag erlahmt, der die Genossinnen voll begeisterter Hoffnungen in die Leseabende trug, die „Theorie“ erscheint ihnen nicht anziehend genug, sie an diese zu fesseln. Wir anerkennen ausdrücklich, das muß nicht so sein — wir kommen in der Folge noch auf die Frage zurück —, allein das wird recht oft geschehen.

Die Gegenwart muß der Ausgangspunkt, muß aber auch der beherrschende Mittelpunkt der systematischen Bildungsarbeit in den Leseabenden sein. Als deren Hauptziel müssen wir festhalten, so viel weibliche Mitglieder unserer Organisationen als

nur möglich zum klaren Verständnis der kapitalistischen Ordnung zu führen, der in ihr wirksamen treibenden Kräfte, der ihr eigentümlichen gesellschaftlichen Zusammenhänge, der scharf in die Erscheinung tretenden Entwicklungslinien zur Zukunft, der geschichtlichen Existenzbedingungen und Mission des Proletariats. Dadurch wird naturgemäß in Übereinstimmung mit der Auffassung des wissenschaftlichen Sozialismus die kapitalistische Produktion in den Vordergrund des Unterrichtes geschoben. Also womöglich Erklärungen über Mehrwert, Konzentration und Akkumulation des Kapitals und andere „reine theoretische Begriffe“! mag manch eine Genossin entsetzt ausrufen. Ich danke für die Anregung, ihre Praxis würde unseren Leseabenden auch die letzte Besucherin entfremden.

Gemach! Fassen wir zweierlei ins Auge, ehe wir uns entscheiden. Zunächst kann es sich nur darum handeln, den Genossinnen das tägliche Brot der großen grundlegenden Theorien zu reichen, welche das Wesen der kapitalistischen Ordnung und die Stellung, die Aufgabe des Proletariats in ihr begreifen lassen. Die Auseinandersetzung mit seinen Unterschieden und Begriffen der Nationalökonomie kann füglich ein „Edelmannsessen“ für die geschulten Theoretiker und kleinen Kreise bleiben, die sich besonders für derartige Fragen interessieren. Dann aber und vor allem gilt es, die Theorie als den Abglanz der Wirklichkeit zu begreifen, als die Zusammenfassung von Begriffen, die doch nur Abbilder des Lebens selbst sind und immer wieder auf das Leben zurückgehen müssen. Nehren wir den Spieß um und packen wir ihn für unsere Zwecke am richtigen Ende! Statt das Leben der kapitalistischen Gegenwart in theoretischen Formeln zusammenzufassen, besetzen wir die Theorie, die Formel durch das Leben. Geben wir nicht Theorie in der Form blutloser Abstraktion, sondern durch die sozialen Dinge selbst, durch die Erscheinungen, wie sie die Klassenlage des Proletariats formen und beherrschen.

Es gibt keine einzige der großen grundlegenden Theorien, auf die es ankommt, damit die Proletarierin hinter das Geheimnis der geschichtlichen Existenzbedingungen ihrer Klasse schauen lernt, die nicht in ihrem eigenen Leben und dem der Ihrigen gegenständlich, greifbar, als harte Wirklichkeit ihre Verkörperung fände. Kurz, die proletarischen Besucherinnen unserer Leseabende bringen als Erfahrungen das Tatsachenmaterial mit, auf dem die sozialistische Theorie fußt, aus der sie ihre Existenz schöpft. Aufgabe der sozialistischen Bildungsarbeit ist es, sie in den Stand zu setzen, dieses Material zu überblicken, zu sichten, zu ordnen und geistig zu beherrschen. Das natürliche Schlussergebnis davon ist das Verständnis, die Aneignung der sozialistischen Theorien.

Sehen wir in der skizzierten Weise die Gegenwart in ihr Recht als Lehrstoff ein, so erziehen wir — pädagogisches Talent vorausgesetzt — die Genossinnen gleichzeitig zu regster geistiger Selbsttätigkeit, zur steten inneren Mitarbeit mit den Lehrenden. Unter geschickter Leitung gewöhnen sie sich, selbst die Theorie in der individuell geschauten und durchdachten Wirklichkeit zu „entdecken“ und als persönlich Erlebtes zu formulieren, statt sich Formeln äußerlich anzuquälen und schablonenhaft nachzudenken und nachzusprechen, ohne den lebendigen Reiz des selbständig Erworbenen. Die Lernenden erhalten einen starken Ansporn, beim Unterricht durch Beibringung von Erfahrungsmaterial und Sammeln von Tatsachen aus der Tageslektüre usw. mitzuwirken. In ihren Gedanken bildet sich eine feste, unverrückbare Kristallisationskern, um die sich die Kenntnisse gruppieren und zu Erkenntnissen formen. Summa summarum: die festeste — wir sind versucht zu sagen die gegebene natürliche — Grundlage für die theoretische Bildung der Genossinnen ist auch ein vorzügliches Mittel ihrer geistigen Erweckung und Schulung, ihrer Erziehung zu selbständiger geistiger Gedankenarbeit und Ausdrucksfähigkeit, Werte, die gerade für unsere künftigen Agitatorinnen im großen und kleinen außerordentlich bedeutungsvoll sind.

Erötet aber oder erschwert wenigstens die Konzentration der Bildungsarbeit auf die Gegenwart nicht das Verständnis

für den entwicklungs-geschichtlichen Gedanken, daß auch alles gesellschaftliche Sein im Flusse begriffen, ein ewiges Werden und Vergehen ist? Kann überhaupt die kapitalistische Ordnung in ihren wichtigsten Wesenszügen völlig verstanden werden, ohne das Wissen von dem Wie ihrer Entwicklung aus den ihr vorangegangenen Produktions- und Gesellschaftszuständen? Wird die gesellschaftliche Entwicklungs-geschichte nicht am leichtesten erfaßt, wenn man sie — um diesen Ausdruck anzuwenden — in chronologischer, zeitlicher Reihenfolge vorträgt und mit den primitivsten, einfachsten, durchsichtigsten Formen der Wirtschaft und der sozialen Organisation beginnt? Das sind alles Fragen, deren Berechtigung wir anerkennen, die jedoch unsere Ansicht nicht zu ändern vermögen. Die Vorteile der Beschäftigung mit den einfachsten Formen der gesellschaftlichen Produktion und Organisation werden dadurch gemindert, daß es sich dabei nicht nur zum Teil um sehr umstrittene Begriffe handelt — wir denken an die verschwommene Vorstellung des „Urkommunismus“, die bei vielen Sozialisten an Stelle positiven Wissens über die verschiedenen Formen urwüchsigen kommunistischen Lebens besteht —, sondern auch durch den bereits hervorgehobenen Mangel an geschichtlichen Kenntnissen und durch die langen Entwicklungsreihen, die zwischen dem Einst und Jetzt liegen, mit ihrem Niederschlag im Geiste der Proletarierinnen. Auf der anderen Seite aber werden diese Vorteile bis zu einem gewissen Grade aufgewogen durch das Vertrautsein der Genossinnen mit dem Lehrstoff, den die Gegenwart an die Hand gibt. Gewiß: auch bei dem empfohlenen Unterrichtsgang muß die Vergangenheit herangezogen werden, soweit es das Durchdringen und Werten der Gegenwart erfordert oder erleichtert. Aber das kann ohne das Zurückgehen auf die graue Vorzeit geschehen, weil zahlreiche Reste und Überbleibsel der Vergangenheit auch in der kapitalistischen Ordnung fortbestehen, ebenso wie diese bereits die Anfänge zu einer neuen Gesellschaft in ihrem Schoße trägt. So kann auch, ja so muß eine gründliche Zergliederung des Kapitalismus dazu führen, seine geschichtliche Bedingtheit zu erkennen und ihn richtig gewertet dem Entwicklungsgang der Menschheit einzureihen. Vielleicht beleuchtet ein Vergleich am schärfsten unsere Ansicht. Wenn wir sehr rasch zu einem bestimmten praktischen Zweck den Charakter eines Menschen ergründen müssen: werden wir nicht mit dem Studium der Lebensschicksale und Psychologie seiner Voreltern und Eltern beginnen, so reizvoll auch dieses Studium wäre und so notwendig zum tieferen wissenschaftlichen Erfassen psychologischer Probleme.

Zusammen mit der Erkenntnis von dem nimmerrastenden Fluß der gesellschaftlichen Entwicklung muß natürlich auch die andere vom ewigen dialektischen Widerpiel, vom Umschlag ihrer Erscheinungen aus der Analyse der Gegenwart emporgehoben werden, das „Brennstoff wird Unstimm, Wohltat Plage“. Schließlich und nicht am wenigsten die sogenannte materialistische Geschichtsauffassung selbst, die Wertung der Rolle der Produktion und Austauschbedingungen für das gesamte gesellschaftliche Sein, seine Lebensverhältnisse und seine Fortentwicklung. Das alles natürlich nicht als starre dogmatische Formel, vielmehr als gegenständliches, plastisches Bewußtsein von den sozialen Erscheinungen der Umwelt, die ergriffen und damit begriffen werden. Haben die Besucherinnen unserer Leseabende erst gelernt, berart die Gegenwart, ihre entscheidenden Wesenszüge theoretisch zu bewältigen, so ist sicherlich bei den meisten von ihnen nun auch Interesse, Verständnis für die gesellschaftliche Entwicklungs-geschichte geweckt. Sie werden den Anforderungen entsprechender Kurse wacker standhalten, obschon dabei ihre selbständige Mitarbeit nicht gleich umfangreich sein kann wie auf der vorhergegangenen Unterrichtsstrecke. Es muß nunmehr „gelernt“, kann weniger „gesund“ werden; zum Teil drängt sich auch für die Geschichte eine andere Lehrmethode auf — der Vortrag — als wie sie bis dahin zur Anwendung gelangen sollte. Abgesehen sei hervorgehoben, daß wir den empfohlenen Lehrgang nicht für den einzigen Weg halten, der nach Rom führt. Ein Kursus für junge Schülerinnen zum Beispiel kann unseres Erachtens sehr wohl mit der Vergangenheit an-

fangen, von Meilenstein zu Meilenstein der gesellschaftlichen Entwicklung entlang schreiten. Hier sind die Gehirne noch an das „schulmäßige“ Lernen gewöhnt, frisch, ausnahmesfähig, und das Interesse für Gewesenes und Versunkenes, das dank der zeitlichen Entfernung so leicht in verklärendem Schimmer erscheint, schwächt das Ohr für die Stimmen der Seienden und Emporstiegenden.

Wir begnügen uns mit der Aufzeichnung dieser allgemeinen Richtlinien und verzichten darauf, heute an dieser Stelle ein planmäßig gegliedertes Unterrichtsprogramm für Frauenleseabende zu geben. In der Hauptsache deswegen, weil seine Gestaltung, seine Weite und Tiefe entschieden werden muß unter Berücksichtigung der für die Bildungsveranstaltungen verfügbaren Zeit, der Zahl und Qualifikation der Lehrenden, der sozialen „Stammesgeschichte“, Altersstufe, Umwelt usw. der Lernenden. Die Zweckmäßigkeit fordert, daß ein solcher Lehrplan — wir sind versucht zu sagen — unendlich variabel, anpassungsfähig sei. Es ist ebenso möglich, daß viele Orte eines großen Bezirkes mit dem gleichen Programm auskommen, wie das für die Diskussionsabende einer großen Stadt eine verschiedene Gliederung des Lehrstoffs notwendig wird. „Eines schickt sich nicht für alle, alles schickt sich nicht für einen.“

Dagegen möchten wir die Aufmerksamkeit auf das Folgende lenken. Zudem wir unsere Schulungsarbeit auf der Analyse der bürgerlichen Ordnung aufbauen, erweitern wir den Kreis der Lehrenden. Unzweifelhaft haben wir mehr geschulte Genossinnen und Genossen, deren Verständnis den Kapitalismus in seinen Hauptzügen theoretisch erfaßt hält, als Geschichtskundige, welche die Vergangenheit — Tatsachen und Theorie zusammen — gründlich meistern. Dagegen stellt unser Lehrplan nach einer anderen Richtung hohe Anforderungen an die Lehrkräfte. Es genügt nicht, daß diese an der Hand einer populären Einführung in unser Programm deren Text Absatz für Absatz leidlich zu erläutern vermögen. Sie müssen vielmehr die sozialistische Auffassung so souverän beherrschen, daß sie ihre tragenden Grundpfeiler geradezu selbständig schöpferisch in eigener Gestaltung und mit eigenen Ornamenten aufrichten können. So werden die Debatten über die Diskussionsabende zu einem starken Appell an die Geschulten zu steter tief schürfender theoretischer Weiterbildung. Der Unterricht selbst aber, wie er uns vorschwebt, schafft die unerschütterliche gemeinsame theoretische Grundlage für das praktische Wirken der Genossinnen, mögen sie seinen Schwerpunkt auf politisches, gewerkschaftliches oder genossenschaftliches Gebiet verlegen. So hält er innerlich zusammen, was bei der Arbeit aneinandergehen muß, und gibt mit dem Bewußtsein von der inneren Verknüpfung der verschiedenen Tätigkeitsgebiete die richtige grundsätzliche Schätzung ihrer Wichtigkeit.

Der Raummangel gebietet uns, nur noch summarisch von der Lehrmethode unserer Leseabende zu reden. Wir können uns um so eher beschränken, als früher Genosse Unger, Genossin Gradnauer und kürzlich Genosse Heinig darüber viel Zutreffendes und Anregendes geschrieben haben. Wir stimmen dem Letzgenannten in der Auffassung zu, daß der Unterricht so viel als nur möglich in der Form der Unterredung, im Hin und Her von Frage und Antwort gegeben werden sollte. Der geschlossene Vortrag überschüttet die Lernenden gleichsam kübelweise mit Tatsachen, Gedankengängen, Schlussfolgerungen, um sie „in ihrem nichts durchbohrenden Gefühl“ zurückzulassen, recht oft schläfrig, matt, entmutigt, an ihren Fähigkeiten zweifelnd, ohne Lust zum weiteren Studium. Die Diskussionsmethode hingegen ist ein nie verstummender Ruf zur wachen geistigen Mitarbeit mit dem Lehrenden. Sie weckt, reißt fort, fordert Nachdenken statt Nachreden, treibt zur Ausprägung des Gedachten in eigene Worte statt zum Prahlern mit fertigen Formeln und leblosem Gedächtniswerk, gibt mit dem Bewußtsein der eigenen Kraft Freude am Unterricht und fesselt damit an die Leseabende. Stellt man die Gegenwart in den Mittelpunkt dieser Veranstaltungen, so erscheint die Diskussionsmethode als die Methode unserer Bildungsarbeit schlechthin. Sie zwingt gleichsam

die Genossinnen, der Schätze ihres Tatsachenmaterials bewußt zu werden und auszukramen, was sie als Erfahrungen und Beobachtungen zum Verständnis des Kapitalismus mitbringen. Die geschickt gestellte Frage wird zum Licht, das die theoretischen Schlußfolgerungen aufblitzen und „entdecken“ läßt, die aus den Dingen hervorquellen. Kurz, gerade in Verbindung mit unserem Lehrgang ermöglicht diese Methode das Maximum geistiger Mitarbeit und Selbstbetätigung aus den Besucherinnen der Leseabende herauszuholen, während sie den Unterrichtenden gleichzeitig einen ziemlich sicheren Maßstab über die Begabung und Regsamkeit der einzelnen Lernenden gibt. Wir haben bereits weiter oben angedeutet, daß und warum für die Geschichtskurse die Diskussionsmethode hinter den geschlossenen Vortrag zurücktritt. Jedoch auch für ihn müssen wir die weiter zurück erhobene Forderung aufrecht erhalten: keine schemenhafte, theoretische Abstraktion in der dünnen Luft logischer Definitionen und Folgerungen; erst das Ding, dann die Lehre; Theorie gewiß, aber Theorie als Abbild gewesener Wirklichkeit, die in möglichst anschaulichen, farbenfrohen und formensicheren Erscheinungen vor den Genossinnen eine Auferstehung feiert.

Von großer Wichtigkeit für den Erfolg der Leseabende ist die Unterstützung des gesprochenen Wortes durch gute Literatur. Diese vervollständigt das Tatsachenmaterial, erzieht zu seiner richtigen Klassifikation und Bewertung, klärt und festigt die erworbenen Gedankengänge und Theorien. Die zu empfehlende Literatur muß daher in leicht faßlicher, populärer Darstellung eine großzügige Einführung in die sozialistische Gesellschaftsauffassung geben, Tatsachenmaterial vermitteln und sollte schließlich auch anziehend geschrieben sein. Die Werke sind dünn gesät, die diesen Anforderungen zusammen entsprechen. Besonders fehlt es an nicht zu dickleibigen Geschichtsbüchern, die das nötige Tatsachenmaterial vom Standpunkt der konsequent festgehaltenen materialistischen Auffassung aus durchleuchten. Die populäre sozialistische Geschichtsliteratur ihrerseits, die hinter die Anfänge der kapitalistischen Produktion zurückgeht, enthält aus naheliegenden Gründen mehr Theorie als Bausteine dazu. Die Genossinnen müssen sich daher gewöhnen, auch die empfohlene Literatur kritisch zu lesen. Aber noch ein anderes tut not. Im allgemeinen darf eine Schrift für die Zwecke der Leseabende nicht einem Vortrag gleich die Lernenden mit Weisheit überschütten. Sie muß auch nicht immer in der Reihenfolge von A bis Z durchgenommen werden, vielmehr kapitel-, ja absatzweise, in engstem Anschluß an die jeweilig behandelte Frage. Ein Literaturverzeichnis für unsere Leseabende darf sich schlechterdings nicht damit begnügen, Titel an Titel zu reihen — selbstverständlich nur von außerordentlich sorgfältig ausgewählten Werken. Es muß auch eine Angabe der Abschnitte jeder Schrift enthalten, die in Verbindung mit bestimmt abgegrenzten Teilen des Lehrstoffs durchzuarbeiten sind.

Die „Gleichheit“ soll in dem neuen Jahrgang in einer Artikelserie den Lehrstoff behandeln, der nach uns für die Diskussionsabende vor allem in Betracht kommt. Jede abgeschlossene Frage erhält als Anhang ein Literaturverzeichnis, das unter den aufgezeigten Gesichtspunkten zusammengestellt ist. Den Artikeln wird eine Reihe kleiner, populärer Broschüren folgen, die den Stoff in gleicher Weise, jedoch auf breiterer Grundlage gestalten. Wir schmeicheln uns nicht, damit Leitendes zu schaffen, hoffen aber, den Genossinnen Brauchbares und Anregendes in die Hände zu legen. Von der Frauenkonferenz erwarten wir noch manchen dankenswerten Fingerzeig für die erfolgreiche Lösung der nicht leichten Aufgabe.

Die Umwälzung in England.

Eine Streikwelle von außerordentlicher Größe und Leidenschaft stürzte von Mitte Juni bis Mitte August über das alte gute England, das Musterland des sozialen Friedens. Aus einem lokalen Streite zwischen den Seeleuten und den Schiffsahrtsgesellschaften in Hull und Liverpool entstanden, verbreitete sich die Bewegung bald über alle Häfen, wurde zu einem Generalstreik der Seeleute und Schiffer, ergriff die Dockers

und sonstige Hafenarbeiter, rief einen allgemeinen Ausstand bei den Fuhrleuten hervor, die bei den Reedern, Eisenbahnen und Privattransportgesellschaften beschäftigt sind, zog die Packer, Lastträger und wie die Arbeiter an den Bahnhöfen und Speichern sonst noch heißen mögen, in den Strudel und erreichte endlich in einem Generalstreik der Eisenbahner ihren Höhepunkt. Etwas Ähnliches hat England seit dem historischen Ausstand in Lancashire von 1842 nicht mehr gesehen. Das ganze Land war gleichsam in seinem Lebensnerv getroffen. Wie bei dem Erscheinen eines Geistes zum Fessie geriet alles in Konfusion, das Geschwäh und Lachen hörte auf, die Gesichter wurden plötzlich angstvoll, und eine lähmende Panik ergriff allmählich die schöne, heitere bürgerliche Gesellschaft. Doch die Welle verbobte, und nun fällt diese Gesellschaft beruhigt wieder in den alten Zustand zurück.

Wirklich in den alten Zustand? Keineswegs! In diesen wenigen Wochen, besonders aber in den paar Tagen des Eisenbahnerstreiks, ist das alte ruhige England aus den Angeln gehoben worden. Es ist zurzeit ein anderes als es war. Wir haben während der letzten zehn Jahre eine Anzahl Generalstreiks gesehen, aber keiner unter ihnen — selbst der schwedische nicht — kann sich an Wichtigkeit mit dem messen, was in diesen Wochen in England vor sich gegangen ist. Nur mit den Oktoberstreiks von 1905 in Rußland kann die englische Streikbewegung verglichen werden — nicht, freilich, in ihrem Ursprung und nicht in ihren unmittelbaren Zielen, wohl aber in ihren revolutionierenden Wirkungen. Die jüngsten Streiks in England markieren den Anfang einer Epoche in der Geschichte des englischen Proletariats, von ihnen aus wird der zukünftige Historiker des Landes einen neuen Abschnitt datieren.

Wir können in die Einzeldarstellung des Kampfes nicht eingehen. Genug, wenn wir feststellen, daß das Proletariat auf der ganzen Linie das Unternehmertum aufs Haupt geschlagen hat, und daß nur die Eisenbahner zufolge der Charakterlosigkeit ihrer Führer gezwungen waren, den Kampf abzubrechen, ohne das unmittelbare Ziel erreicht zu haben: die ausdrückliche Anerkennung der Gewerkschaften. Die Eisenbahndirektoren haben zwar zuletzt eingewilligt, mit den Ausständigen zu verhandeln, aber die Verhandlungen vollzogen sich nicht direkt, sondern unter der Mitwirkung der Regierung, und die Ausständigen waren nicht ausdrücklich durch die Gewerkschaften, sondern durch die Streikführer vertreten. Die Anerkennung der Gewerkschaften wird erst den Gegenstand der Erörterungen der jetzt eingesetzten Untersuchungskommission bilden. Jedoch auch hier ist der volle Sieg lediglich aufgeschoben, nicht aufgehoben, und selbst die teilweise Niederlage übt durch ihre Begleitererscheinungen eine revolutionisierende Wirkung aus. Denn die Hauptsache bei der ganzen gewaltigen Episode war nicht Sieg oder Niederlage, sondern die sich dabei vollziehende reinliche Scheidung von den überlieferten Methoden des Trade-Unionismus, von den Methoden der diplomatischen Verhandlungen mit den Unternehmern, der Harmoniebuselei, der Einigungsämter usw., kurz, von den Methoden, die untrennbar sind von dem Wesen der englischen Gewerkschaftsbewegung, wie es sich seit dem Zusammenbruch des Chartismus herausgebildet hat unter den spezifischen Bedingungen des englischen Kapitalismus mit seiner langen Alleinherrschaft auf dem Weltmarkt und seinem daraus entstandenen ruhigen Bewußtsein der Macht und Sicherheit. Daß die englische Arbeiterklasse auf dem beschrittenen Wege so manches erreicht hat, soll nicht bestritten werden; aber wer zweifelt daran, daß sie mit anderen Kampfesmethoden viel mehr erreicht hätte, und wer weiß nicht, daß selbst das Knappe, was erreicht worden ist, nur einer verhältnismäßig kleinen Schicht des Proletariats, einer „Arbeiteraristokratie“, zugute gekommen ist? Vielleicht das wichtigste aber ist, daß dank diesen Methoden der gewerkschaftlichen Aktion die Arbeiterschaft sich sozusagen selbst entwaffnet hat. Die Zersplitterung und der günstige Charakter der englischen Gewerkschaften; die Konkurrenz und sogar der Kampf der Organisationen ein und derselben Industrie untereinander; die Umwandlung des größeren Teils der Unions in bloße Unterstützungsvereine; die abnehmende

Betätigung der Massen und die überragende Stellung und Macht der Führer; die Demoralisation, Trägheit und Korruption mancher von diesen: das alles und noch manche andere unerquickliche Züge des englischen Trade-Unionismus sind gesetzmäßige Folgen seiner traditionellen friedlich-schiedlichen Politik. Diese Folgen mußten unvermeidlich zum Bewußtsein der Arbeiter in dem Maße kommen, als sich die Unternehmerklasse unter dem Drucke der auswärtigen Konkurrenz immer widerspenstiger bei Verhandlungen, immer steifnackiger gegen Konzessionen erwies, zum Aufbau eigener Organisationen überging und mit wachsender Dreistigkeit die Organisationen der Arbeiter angriff, wie zum Beispiel in dem berühmten Tass-Vale-Prozess. Schon seit dem Beginn des jetzigen Jahrhunderts konnte man unter den Arbeitermassen eine gewisse Gärung bemerken, die ungeheuer zunahm, als die vor einigen Jahren eingetretene Aufwärtsbewegung der Lebensmittelpreise einen Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen unerlässlich machte. Die Arbeiter standen da mit einem Male von Angesicht zu Angesicht den Resultaten der alten trade-unionistischen Taktik gegenüber; ihre Kräfte erwiesen sich als unzulänglich, die mächtigen Unternehmerverbände zu Boden zu ringen; ihre Schlagfertigkeit war durch die langfristigen Tarifvereinbarungen und durch das ins Uferlose ausgebaute Schlichtungs- und Einigungs-system gelähmt, und ihre Führer waren keineswegs eine Quelle der Stärke. Die großen Bewegungen des vergangenen Jahres — der zweimalige Ausstand der Baumwollspinner, der mehrmonatige Kampf der Kesselschmiede und der erst dieser Tage beendete Streik der südwalisischen Bergarbeiter — die sich unter Kontraktbruch, Verletzung der Einigungsvorschriften und der gewerkschaftlichen Disziplin abspielten, waren die offene Proklamation des Geistes der Auflehnung gegen die bisherigen Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes. Die jüngste Massenstreikbewegung drückte das historische Siegel unter die vollzogene Abgabe an die alten Traditionen des Trade-Unionismus.

Selbst wenn die jüngsten Ereignisse auch nur diese Abgabe markiert hätten, könnten sie als epochemachend bezeichnet werden. Aber die Vorgänge und das Milieu, das sie herbeiführten, haben noch mehr bewirkt: sie bedeuten einen vollständigen Bruch mit den bisherigen Formen des Klassenkampfes in England überhaupt. In diesen Tagen hat das englische Proletariat seine Klassen-solidarität wiedergefunden, die ihm seit 60 Jahren abhanden gekommen war, es hat seine Macht fühlen gelernt wie noch nie. Nicht nur zog eine Gruppe der Transportarbeiter nach der anderen in den Kampf, um sich gegenseitig zu unterstützen, sondern die gesamte Arbeiterklasse schaute mit fieberhaftem Interesse dem Ringen zu, bereit, jeden Augenblick sich in die Arena zu stürzen und die Losung zu einer allgemeinen Revolte gegen die Kapitalistenklasse zu geben. Ähnliches hat das moderne England noch nicht gesehen. Andererseits, welche unvergeßliche politische Lektion hat die Regierung dem kämpfenden Proletariat in diesen historischen Tagen erteilt — die Regierung des Neoliberalismus, die Regierung des „Volkswillens“ gegen die usurpatorische aristokratische Oligarchie, die Regierung der allerwunderbarsten sozialen Reformen! Durch die sofortige Mobilisierung des gesamten stehenden Heeres, durch die Organisation eines noch nie dagewesenen Polizeiterrors, durch die Aufforderung an das Bürgergertum, eine freiwillige Polizeimiliz zu bilden, durch die brutale Offenheit, mit der sie sich auf die Seite des Unternehmertums stellte: hat diese liberalste aller Regierungen, das Bewunderungsobjekt aller bürgerlichen Radikalen und aller Opportunisten im sozialistischen Lager, bewiesen, daß selbst der demokratischste Vater Staat eine Gefährdung der heiligen Interessen der Kapitalistenklassen nicht dulden wird, daß auch er entschieden ist, jede ernste Auflehnung der Arbeiterklasse mit blutiger Gewalt niederzuschlagen. Diese Lektion ist von allen Teilen der englischen Arbeiterklasse verstanden worden und wird ihr nie mehr verloren gehen.

So bedeuten die jüngsten Ereignisse einen Bruch nicht nur mit der trade-unionistischen, sondern auch mit der ganzen sozial-

politischen Vergangenheit der englischen Arbeiterklasse. In diesen wenigen Wochen hat das englische Proletariat die rückständige Entwicklung seines Klassenbewußtseins nachgeholt und eine ganze Revolution im Geiste durchgemacht. Unsere großen sozialistischen Ideale haben neue Tausende und aber Tausende Vorkämpfer gefunden! Th. Rothstein, London.

Elise Schweichel.

Eine der Ältesten unter den lebenden Parteigenossinnen begehrt am 17. September ihren achtzigsten Geburtstag: Elise Schweichel, die Witwe unseres unvergeßlichen Robert Schweichel. Wenn sie auch niemals im politischen Kampfe der Arbeiterklasse persönlich hervorgetreten ist, so verdankt diese doch viel dem stillen, selbstlosen Wirken der unbegrenzten Energie dieser Frau. Was der Dichter und Volksmann Robert Schweichel für das Proletariat gewirkt hat, das wäre nicht zu denken ohne die hingebende, verständnisvolle Förderung, die er durch seine Lebensgefährtin erfuhr, die Genossin seiner Ideale und der Kämpfe, die er dafür bestand. Ihre absolut unabhängige, kraftvoll herbe Natur war die glücklichste Ergänzung zu dem milderen Wesen des Dichters und Träumers.

Die junge Frau war Robert Schweichel ins Exil nach der Schweiz gefolgt, in eine unsichere Zukunft, als die preussische Reaktion nach 1848 den Freiheitskämpfer von Ort zu Ort verfolgt und existenzlos gemacht hatte. Sie teilte den Kampf um's tägliche Brot tapfer mit dem Gatten; alles, was sein dichterisches Schaffen hemmen konnte, war sie bemüht, ihm aus dem Wege zu räumen. Sie war eines Sinnes mit dem geliebten Manne, als er die kaum errungene Position in der Schweiz opferte und 1861 als Amnestierter nach Deutschland zurückkehrte, um sich leidend und agitierend dem Befreiungskampfe des Proletariats zu widmen. Während Robert Schweichel sich später wieder der Dichtkunst und Schriftstellerei zuwendete und seine prächtigen, wahrhaft volkstümlichen Erzählungen und Romane schuf, griff auch Frau Elise wiederholt zur Feder. So hat sie für den Neue-Welt-Kalender unter dem Namen Elise Langer eine Reihe trefflicher kleiner Erzählungen aus dem Leben des Volkes geschrieben, an denen viele Tausende aus unseren Reihen sich erfreuten. Ihr Bestes aber gab sie in dem sozialen Roman „Vom Stamme gerissen“, der in verschiedenen Parteiblättern erschien. In diesem Buche, das sie aus der ganzen Fülle ihrer eigenartigen Individualität geschrieben, hat sie dem jungen Schweichel, dem revolutionären Feuerlopf, ein wundervolles Denkmal errichtet, ihm und der Geliebten seiner Jugend, die der Tod ihm entriß. Wie sie die Idealgestalt dieses Mädchens mit allem Zauber höchster Anmut umgibt, das zeugt von einer ganz ungewöhnlichen Seelengröße der Verfasserin.

Seit Robert Schweichel vor vier Jahren hochbetagt starb, verbringt Elise Schweichel ihre Tage im Andenken an den Dahingegangenen. Ihr Sinn ist noch ebenso aufrecht, ihr Handeln so resolut wie einst, und mit ungebrochener Geistesfrische und leidenschaftlichem Interesse lebt sie das Leben der Partei mit, empört sie sich über jede Unbill, die der Sozialdemokratie von ihren Feinden widerfährt, und freut sich des glänzenden Aufstiegs der Bewegung, deren unscheinbare Anfänge sie noch miterlebt hat. So ist ihr Leben vorbildlich für viele Tausende Frauen, denen es nicht gegeben ist, selbst im dichtesten Getümmel der politischen Kämpfe des befreiungsehrnsüchtigen Proletariats zu stehen. — Dank und Grüße der Genossinnen der ehrwürdigen und hochverdienten Frau bei der achtzigsten Wiederkehr des 17. September!

M. Kt.

Die vierte Frauenkonferenz in Oesterreich.

I. K. Das Frauenreichskomitee der österreichischen Genossinnen hat für den 28. und 29. Oktober nach Innsbruck die vierte Frauenreichskonferenz einberufen. Die Genossinnen konnten sich nur schwer entschließen, die Konferenz nach Innsbruck einzuberufen, so weit von Wien entfernt. Aber sie sind durch einen Parteitagbeschluss gebunden, diese alle zwei Jahre zusammen mit dem Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich abzuhalten. Schon vor zwei Jahren wäre eine Frauenreichskonferenz in Reichenberg säugig gewesen. Weil jedoch im April 1908 eine Konferenz der Genossinnen getagt hatte, deren Beschlüsse noch nicht ganz durchgeführt waren, weil außerdem auch Reichenberg, der Ort des damaligen Parteitags, zu entlegen schien, unterblieb mit Zustimmung der Parteileitung die Tagung der Genossinnen. Benahe möchten wir nun

sagen, daß die Genossinnen mit Innsbruck aus dem Regen in die Traufe gekommen sind. Innsbruck ist noch weiter wie Reichenberg von Wien entfernt, und für die Genossinnen aus Böhmen, Mähren und Schlesien, also gerade den Industrieländern, nur mit viel Zeit- und Kostenaufwand zu erreichen. Aber der Parteitagbeschuß besteht, und die Konferenz ist notwendig geworden.

Das Frauenreichskomitee hat schon im Frühjahr eine Umfrage bei den Landesvertrauenspersonen veranstaltet, ob die Möglichkeit vorhanden ist, die Innsbrucker Frauenreichskonferenz zu beschicken. Die Antwort fiel zwar überall bejahend aus, aber Organisationen, die nach Wien mindestens drei bis vier Delegierte entsenden würden, werden in Innsbruck nur durch eine Delegierte vertreten sein. Nur die an Tirol angrenzenden Länder können die Konferenz stärker beschicken, wie beispielsweise Vorarlberg, das nach Wien für eine Genossin zu delegieren imstande wäre. So muß man mit einem rechnen: die Innsbrucker Konferenz wird nicht eine so starke Teilnehmerinnenzahl aufweisen, als dies sonst bei den Tagungen der österreichischen Genossinnen üblich ist. So ungünstig Innsbruck als Tagungsort auch ist, so hat es doch auch wieder Vorteile. Eine sozialdemokratische Frauenkonferenz im Herzen des Klerikalismus hat gewiß auch ihre guten Seiten, vor allem in agitatorischer Beziehung. Zudem ist Tirol das einzige Land, wo sich die politische Organisation der Frauen noch nicht durchgesetzt hat. Mit einer einzigen Ausnahme bestehen hier nur Ortsgruppen eines Arbeiterinnenbildungsvereins. Die hier organisierten Genossinnen werden in der Statistik der Parteimitglieder nicht gezählt, da sie keine Parteimarken beziehen. Immerhin aber leisten diese Genossinnen nennenswerte Beiträge an die Tiroler Landesorganisation. Findet nun die Frauenreichskonferenz in Innsbruck statt, so ist sicher zu erwarten, daß die politische Frauenorganisation auch in Tirol Wurzel fassen wird.

Nun zur Tagesordnung der Konferenz. Der wichtigste Punkt ist der Anschluß der Frauen an die politischen Vereine. Wir rechnen damit, daß in der kommenden Parlamentsession der § 30 des Vereinsgesetzes fallen wird, der den Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verbietet. Wir wollen uns rüsten und vorbereiten, um dann den Übertritt der den freien politischen Organisationen angehörenden Frauen in die Wahlvereine durchzuführen. Die Frage, wie das geschehen soll, und wie trotz der neuen Organisationsform in der bisherigen Weise unter den Frauen agitiert werden kann, muß gründlich besprochen werden. Zu diesem Zwecke beginnt jetzt schon in der „Arbeiterinnen-Zeitung“ eine Diskussion, die von Genossin Probst, der Sekretärin des Frauenreichskomitees, eröffnet wurde. Diese schlägt vor, daß auch dann eine Zentrale der Genossinnen, wie es das Frauenreichskomitee ist, weiterbestehen soll, um die systematische Agitation unter den Frauen zu leiten. Auch die weiblichen Vorstandsmitglieder der Wahlvereine sollen von dem Komitee beraten werden. Wahrscheinlich wird diese Auffassung allgemeine Zustimmung finden, und wir glauben, wenn es zur Entscheidung vor dem Parteitag kommt, auch die der Parteigenossen.

Die Konferenz wird auch im Anschluß an die übliche Berichterstattung die Tätigkeit der Genossinnen in der letzten Geschäftsperiode besprechen; außerdem soll sie sich mit der Erringung des passiven Frauenwahlrechts zu den Gewerbegerichteten beschäftigen und nochmals Stellung nehmen zur Sozialversicherung, insbesondere zum Problem des Mutterschutzes und der Witwen- und Waisenversicherung. Lauchen doch immer wieder Gerüchte über geplante Verschlechterungen des vom ersten Parlament des allgemeinen Wahlrechts beinahe fertiggestellten Gesetzes zur Sozialversicherung auf. Zum erstenmal steht die Bedeutung des Gemeinewahlrechts für die Frauen auf der Tagesordnung. Da dieses Recht schon in einer Reihe von Staaten eingeführt ist, und da es auch in Österreich für die Trägerinnen einer direkten Steuer besteht, wenn es auch von ihnen indirekt, durch bevollmächtigte Stellvertreter ausgeübt werden muß, so meinen wir, daß es nur nützlich wirken kann, wenn die Agitation der Genossinnen für das allgemeine, volle kommunale Frauenwahlrecht kräftig einsetzt, selbstverständlich ohne daß dadurch der Kampf um das Wahlrecht zum Reichsrat vernachlässigt wird. Auch die Dienstmädchenorganisation, die in Wien so vielversprechend einsetzte, wird besprochen werden, um die Gründung von Ortsgruppen in den anderen Städten zu fördern.

Die mitgeteilte Tagesordnung ist provisorisch. Es liegen bereits Anträge auf ihre Ausdehnung und Erweiterung vor. Inwieweit diesen entsprochen werden kann, wird demnächst zunächst vom Frauenreichskomitee und endgültig von der Konferenz selbst entschieden.

A. P.

Vornehme Schmutzkonkurrenz.

Berlin. Ein halbdunkles Zimmer im Gartenhaus draußen im Potsdamer Viertel. Die kleine Lampe mit dem verblassten, grünen Schirm wirft ihr schwaches Licht nur auf einen Teil des Tisches. Die weitere Umgebung bleibt in dämmerigem Dunkel. Über Stickerarbeiten gebeugt sitzen um den Tisch drei Damen. Die Mutter, mit schneeweißen Haaren und frühzeitig gealterten Gesichtszügen hat die Fünzig knapp überschritten. Sie ist mit Seidenstickerei beschäftigt. Die goldumranderte Brille ist tief auf die untere Hälfte der spigen Nase gerutscht, und die müden Augen blicken unverwandt auf die Nadel, die emsig bald im Stoffe verschwindet, bald wieder flink an der Oberfläche erscheint. Die beiden Töchter sind nicht minder fleißig, die eine stickt Weißzeug, die andere Monogramme. In ihren schmalen, bleichen Gesichtern hat der Ernst des Lebens deutlich scharfe Linien gezogen.

„Wirst du's noch fertigbringen, Mama?“ wendet sich die Weißzeugstickerin an die alte Dame, ohne dabei aufzusehen. Diese nickt: „Du auch, Elly?“

„Ja,“ klingt es müde zurück. „Wenn er nur nicht wieder am Preis drückt, der alte Geizhals. Er hat lehthin schon solche Andeutungen fallen lassen. Die Arbeiterinnen machten es viel billiger und wären dankbar, wenn sie nur etwas zu tun bekämen. So meinte er. Es ist eine Schande. Man sitzt an einem solchen Kleid zehn volle Tage und erhält dafür ganze 16,20 Mk. Davon soll noch abgezogen werden.“

Elly seufzt, die beiden anderen ebenfalls. Man hört nichts als das Knistern der Seide und das monotone, schläfrige Liden der alten bronzenen Stuhluhr. Elly unterbricht jetzt wieder das Schweigen, und in ihrer Stimme zittert leiser Ärger:

„Überhaupt das Liefern! Das ist jedesmal ein Gang nach Golgatha für mich. Da stehe ich mitten unter Arbeiterinnen ohne Hut, manche in der Schürze. Oft bringen sie noch ihre schmutzigen Öhren mit. Hässlich stieren sie mich an. Und die Schreibmamsell erst! Der bin ich neulich begegnet, als ich mit Sanitätsrats im Zoo war. Das dumme Ding grüßte mich ganz vertraulich. Ich wäre vor Scham am liebsten in die Erde gesunken.“

„Ja ja,“ die Mutter wiegt mit schmerzlicher Miene das Haupt. „Wenn das Papa wüßte, er würde sich im Grabe umbdrehen.“

„Ach, laßt doch endlich das Lamentieren, davon wird's nicht besser,“ fährt die zweite Tochter ungeduldig auf, die bis dahin geschwiegen hat. „Seht lieber zu, daß ihr fertig werdet. Es ist gleich sieben Uhr, wenn ihr noch liefern wollt, ist es die höchste Zeit.“

„Freilich müssen wir liefern, wir brauchen doch heute noch das Geld,“ seufzt die Mutter leise. „Abgesehen bin ich schon fertig, und du bist es wohl auch, Elly, da werde ich rasch einpacken!“

Die Mutter steht auf und nimmt einen langen schmalen Karton, in den sie die fertige Arbeit sorgsam bettet.

„Und wenn er den Preis herabschraubt, mein Gott, wir müssen's ertragen. Wir können die Sachen schließlich immer noch billiger sticken, wie diese Arbeiterfrauen.“ ...

Der Inhaber der Firma Mertens & Co. steht im hellerleuchteten Kontor und betrachtet prüfend das vor ihm ausgebreitete weiße Kleid. Er zieht die Brauen hoch und fixiert durchdringend die kleine, ärmlich, aber peinlich sauber gekleidete Frau.

„Ja, Frau Lehmann, spricht Herr Mertens senior nach einer kleinen Weile, „ich kann's nicht ändern, ich muß mir meine Kundschaft erhalten und auch mit meiner Konkurrenz rechnen. In Geschäftsangelegenheiten hört nun mal die Gemütlichkeit auf. Wenn Sie die Arbeit für 15 Mk. übernehmen wollen, dann kann ich Sie weiterbeschäftigen. Sonst tut's mir leid, für das Geld kann ich Kräfte genug bekommen. Daß ich's Ihnen nur sage: sogar eine Offiziertochter arbeitet für mich. Sie erhält bloß 14 Mk. für die gleiche Stickerei und ist herzlich froh darüber. Und ihre Arbeit, na ja! Ihnen gebe ich 15 Mk., weil Sie eine Witwe sind, aber mehr geht nicht, wirklich nicht!“

„So,“ fährt die kleine blasse Frau jetzt auf, und aus ihrer Stimme klingt verhaltenes Weinen. „Also die vornehmen Herrschaften nehmen uns armen Leuten die Arbeit weg und machen sie dazu noch billiger, so 'ne feine Dame sollte sich schämen!“

Mit zitternden Händen packt sie die Arbeit in den Karton. Dann geht sie mit einem stummen Neigen des Kopfes hinaus. Gleich darauf betritt die Offiziertochter das Kontor. Der Chef geht ihr zuvorkommend entgegen und nimmt ihr den Karton ab.

„Das ist reizend, gnädiges Fräulein, daß Sie mich nicht sitzen lassen. Hier habe ich auch schon wieder hübsche Säckelchen für Sie bereit gelegt.“ Er mustert die angelommene Arbeit nur flüchtig und zählt dann unauffällig Geld hin. Dann huscht er etwas verlegen:

„Aber sehen Sie, gnädiges Fräulein, den alten Preis kann ich nicht mehr zahlen, die Konkurrenz drückt mich zu sehr. Und dann betteln sich auch so viel Arbeiterinnen bei mir an, die zu jedem Preis Beschäftigung wollen. Zum Beispiel: Dieses Kleid ist soeben geliefert worden, tadellose Arbeit, einfach tadellos, und für 13 Mk.“ Die junge Dame wirft das Haupt zurück und lächelt:

„Ach, Herr Mertens, das schadet nichts, 13 Mk. ist auch genug, wir haben es ja gar nicht nötig, Mama schilt ohnedies schon, daß wir für Geld stücken. Aber Sie wissen ja, die jungen Damen haben stets so kleine heimliche Ausgaben, die die alten Damen für unnützlich halten und nicht billigen würden. Da hilft man sich auf diese Weise und vertreibt sich obendrein noch die Langeweile. Nützlich haben wir es selbstverständlich nicht, Herr Mertens!“

Elly hat indessen die Arbeit eingepackt und rauscht nun mit einem herablassenden Reigen des Hauptes, stolz aufgerichtet wie eine Königin, durchs Kontor. Das Personal sieht sich gegenseitig an, während ihr Chef die Dame galant hinausgeleitet und mit einer tiefen Verbeugung und einem höflichen: „Guten Abend, gnädiges Fräulein!“ sich verabschiedet. Dann reibt sich Herr Mertens senior schmunzelnd die Hände und sagt mit ironischem Lächeln: „Wir haben es selbstverständlich nicht nötig!“ Emil Unger.

Aus der Bewegung.

Von der proletarischen Frauenbewegung in Kiel-Gaarden. Obgleich Kiel-Gaarden in der Parteigeschichte Schleswig-Holsteins eine Rolle spielt, ist in der „Gleichheit“ über die hiesige proletarische Frauenbewegung wenig berichtet worden. Da sich die einzelnen Ortsvereine von Groß-Kiel in absehbarer Zeit zu einer Organisation verschmelzen werden, so verlohnt es sich, einiges über die Entwicklung der Kiel-Gaardener Frauenbewegung zu veröffentlichen. Eine Industrie, die Frauen beschäftigt und dadurch die Agitation unter ihnen erleichtert, gibt es hier nicht. Es handelt sich ausschließlich um Frauen, die nur den häuslichen Verrichtungen nachgehen. Trotzdem war, schon ehe das Reichvereinsgesetz in Kraft trat, eine stattliche Anzahl Genossinnen um unsere Fahne geschart worden. Zuerst war es sehr schwer, die Neugewonnenen zu halten. Aber dank der zähen Ausdauer einzelner Genossinnen gelang es, einen festen Stamm von Frauen zu bilden, der bald größer und größer wurde. Als dann das Reichvereinsgesetz den Frauen das Recht zur politischen Organisation einräumte, hatten wir gewonnenes Spiel. Wenn auch zunächst der regelmäßige Besuch der Versammlungen, die für die Frauen und Männer zusammen abgehalten wurden, zu wünschen übrig ließ, so können wir heute doch mit Stolz feststellen, daß keine Versammlung stattfindet, in der nicht die Genossinnen in guter Zahl vertreten sind. Auch bei der Agitation, zum Beispiel beim Flugblattverbreiten usw., helfen jetzt regelmäßig Genossinnen mit, ein Zeichen der wachsenden Erkenntnis der Proletarierinnen, daß sie selbst mit Hand anlegen müssen, wenn es vorwärts gehen soll. Allerdings sind die Frauen noch immer ziemlich schwer zu bewegen, sich mit wissenschaftlichen Dingen zu befassen. Ihr Mut und Eifer würde zweifellos bedeutend steigen, wenn sie sich mehr mit dem Inhalt der sozialistischen Literatur vertraut machen würden. Die Leitung der Partei am Orte hat viel für die proletarische Frauenbewegung und die von ihr im letzten Jahre erzielten Erfolge getan. Außer zwei öffentlichen Frauenversammlungen, in denen die Genossinnen Käbler und Biez mit guter Wirkung sprachen, und dem glänzend verlaufenen Frauentag, an dem Genossin Jensen-Kiel referierte, hielt Genossin Henschel-Kiel im Auftrag des Zentralvorstandes einen Vortragzyklus über folgende Thematika: „Die Frau in der Vergangenheit und Gegenwart“, „Die Frauen und das Wahlrecht“, „Die Frauen und die Steuern“, „Die Frauen und die Jugend“ und „Die Frauen und der Sozialismus“. Die Vorträge waren durchschnittlich von 150 Genossinnen besucht. Ihr Erfolg zeigte sich bald. Bei einer kurz nach ihrem Stattfinden vorgenommenen Hausagitation wurden nicht weniger als 208 weibliche Mitglieder gewonnen. Bei der Hausagitation gingen immer zwei und zwei Genossinnen zusammen. Einigen gelang es, allein an einem Nachmittag 14 bis 18 Mitglieder zu werben. Gewiß ein klarer Beweis für den Wert solcher Agitation. Die Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder betrug am Jahreschluss 542 gegen 316 im Vorjahre. Gewiß werden die Genossinnen es bei den bisherigen Erfolgen nicht bewenden lassen. Die jetzige gewitterschwüle politische Lage muß von uns Frauen für neue Siege in neuen Kämpfen ausgenutzt werden. Bis zur nächsten Reichstagswahl gilt es, unsere Kräfte zu verdoppeln. Luise Andratschke.

Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen des sechsten sächsischen Reichstagswahlkreises. Ein Jahr rastloser Agitationsarbeit liegt hinter den Genossinnen. Mit Liebe und Eifer haben sie die Aufgaben erfüllt, die ihnen die Partei stellte. Manch eine der tätigen Genossinnen rang sich in schwerer Mühe die Stunden dazu ab, weil sie in der Fabrik oder Heimarbeit das tägliche Brot verdienen muß. Zu Beginn des Berichtsjahrs fand eine umfassende Agitation unter den Frauen statt. In fast allen Bezirken wurden Versammlungen abgehalten, in denen meist die Genossinnen Gradnauer und Wadwig referierten. Zu diesen Veranstaltungen — 46 an der Zahl — wurden alle Frauen eingeladen, deren Männer politisch organisiert sind. Der Besuch war durchschnittlich gut, die Partei warb rund 500 neue Mitglieder. Im Januar fand in Plauen eine Kreisfrauenversammlung statt, die sich mit der Frage der Weiterbildung der organisierten Genossinnen befaßte. Genossin Gradnauer hielt ein Referat, in dem sie sich für den Ausbau der Frauendiskussionsabende aussprach. Kreisvorstandsvertreter erklärten sich gegen diese Anregung, die Konferenz stellte sich jedoch auf den Standpunkt der Genossin Gradnauer und betraute sie mit der Aufstellung eines Lehrplans für die Diskussionsabende. Am sozialdemokratischen Frauentag, dem 19. März, demonstrierten mehrere tausend Frauen in fünf zum Teil überfüllten Versammlungen für das Frauenwahlrecht. Gegen den Schluß des Jahres referierte Genossin Biez in zwei stark besuchten Versammlungen über „Reichstag, Frauen und Reichstagswahlen“. Eine dieser Veranstaltungen war eine Kreisversammlung, die in Löbtau stattfand, und in der Genossin Wadwig den Jahresbericht über die Tätigkeit der Kreisvertrauensperson und der Genossinnen in den Bezirksverwaltungen gab. Die Genossinnen nehmen jetzt zahlreicher als früher an den Mitgliederversammlungen teil. Ihre Zahl ist von 1192 auf 1706 gestiegen, hauptsächlich dank der geleisteten Kleinarbeit. In neun Bezirksverwaltungen haben sie Sitz und Stimme. Günstig räumen ihnen auch die übrigen Bezirksverwaltungen bald das gleiche Recht ein, denn es gibt jetzt im Gegensatz zu früher in allen Bezirken organisierte Genossinnen. In den verschiedenen Bezirken fanden außer den Frauenversammlungen Diskussions-, Wander-, Lanza- und Kinderausflüge statt. Das Vorjahr hat mit seinen Fortschritten unsere Erwartungen erfüllt. Das kommende Tätigkeitjahr mit dem Reichstagswahlkampf muß die Genossinnen gerüstet finden. Marie Wadwig.

Von der sozialistischen Jugendbewegung in Nürnberg. Der Jugendausschuß veranstaltete am Volkssfesttag für die Arbeiterjugend eine Sondervorstellung im Moristheater (Kinematograph). Zahlreich waren unter den Jugendlichen auch die Mädchen erschienen. Der Einheitspreis betrug 15 Pf. Den jungen Leuten wurde viel Belehrendes und Anregendes geboten. Da waren Reisebilder aus Asien, von der Grenze Tibets. Andere Filme zeigten Experimente mit dem Hebel, ferner das Leben des Lachses und Tiere, die der Landmann schonen soll. In geradem prächtiger Weise wurden Blindschleiche und Gule vorgeführt. Mit der schönen Umgebung Nürnbergs wurden die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen ebenfalls vertraut gemacht. Das herrlich gelegene Spalt wurde in schönen Bildern vorgeführt: die prächtigen altertümlichen Bauten, das „Hopfengeld und Spaniens“, wie es scherzweise genannt wird, und die Hopfenzupfer (Rupfianer) bei der Arbeit, die furchtbare Feuersbrunst, die vor einigen Wochen dort so Vieles zerstört hat. Auch der Humor kam zur Geltung. So wurde unter anderem eine komische Verfolgungsszene „Lemle als rabelnder Polizist“ vorgeführt. Den Glanzpunkt des Nachmittags bildete das große Seemannsdrama „Leuchtfeuer“. Dank des idealen Zuges, der es durchweht, hielt es die junge Welt ganz in seinem Bann. Als zum Schluß Singers Beerdigung vorgeführt wurde, wie die Arbeiter und in einer herrlichen Frauengestalt verkörpert die Kunst dem großen Sozialistenführer huldigten, durchbrauste ein ungeheurer Beifallsturm das Theater. In gehobener Stimmung verließ die Jugend die Stätte, wo ihr so viel geboten worden war. Helene Grünberg.

Von der Kinderschutzkommission Frankfurt a. M.

„Ich ging mit dir durch alles Elends Tiefen,
Getrechter Volk, durch einen Puhl der Schmach,
Die Stimmen hör' ich, die nach Freiheit riefen,
Und meine Seele halte zitternd nach.“

An diese Worte Klara Müllers muß man denken, wenn man die Arbeit unserer neugegründeten Kinderschutzkommission im Geiste an sich vorüberziehen läßt. Einen Einblick in die tiefsten Tiefen proletarischen Elends haben die Genossinnen bei ihren Informationsgängen getan. Sie fanden proletarische Eltern, die ihre Kinder entgegen dem unzulänglichen Schutzgesetz um einen erbärmlichen

Hungerlohn fronden ließen, weil sie selbst von der Not zertreten waren und all ihre Gedanken dem Verlangen nach genügend Brot galten. Da war kein Hauch von Kraft mehr, um für die Besserung ihres Loses, um für die Freiheit zu kämpfen. Als die Gründung der Kinderschulkommission bekannt geworden war, wurden aus bürgerlichen Kreisen Zweifel laut, ob in Frankfurt a. M. überhaupt Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz vorkommen könnten, ob es wahr sei, daß vornehmlich in den frühen Morgenstunden Kinder gegenwärtig beschäftigt würden. Ein einziger Streifzug unserer Genossinnen durch die Straßen, einige Stunden vor dem Beginn des Vormittagunterrichts, stellte schon 25 Fälle solcher Beschäftigung fest. Fünf- und zwanzig blasse, unterernährte Kinder trafen wir, die täglich am frühesten Morgen aus dem Schlafe gerissen werden, um bei Wind und Wetter Straße auf und ab hastend, mit Milch-, Brötchen- oder Zeitungstragen ein paar Bettelpennige oder ein Frühstück zu verdienen.

Die Genossinnen haben es sich natürlich nicht nur zur Aufgabe gemacht, Übertretungsfälle aufzudecken, in der Erkenntnis, daß sie doch nur einige von den vielen Zuwiderhandlungen festzustellen vermögen, die täglich vorkommen. Sie haben auch die Eltern der ausgebeuteten Kinder aufgesucht, um sie zur Rücksicht auf ihr eigenes Fleisch und Blut zu veranlassen. Als ihre vornehmste Aufgabe betrachteten die Genossinnen dabei, möglichst den Ursachen auf den Grund zu gehen, die zur ausgebeuteten Erwerbstätigkeit der Kinder führten, und Abhilfe zu vermitteln. Frankfurt ist die Stadt der privaten Wohltätigkeitsgesellschaften und Wohltätigkeitsvereine. Aber so bereitwillig uns einige bürgerliche Philanthropen ihre Hilfe boten, so eifrig wir uns nach allen Seiten bemühten, um den notwendigsten Beistand zu vermitteln: alles war unzureichend, um dem enthüllten Elend zu steuern, alles glich dem Tropfen auf einen heißen Stein. So hämmerte uns unsere Arbeit in der Kommission immer fester das Bewußtsein ein, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht reformiert werden kann, daß sie beseitigt werden muß, wenn der Massennot ein Ende bereitet werden soll. Hilfslos ist diese Ordnung in Schuld und Ungerechtigkeit verstrickt, reiß für den „Umsturz“.

Hochschwängere Frauen, die bis zur letzten Stunde vor ihrer Niederkunft eine Morgenzeitung austragen, um die paar Pfennige Verdienst nicht zu verlieren, haben uns versprochen, sich nach der Entbindung von ihren Kindern nicht mehr helfen zu lassen. Diese Mütter erwarteten ihre schwere Stunde ohne jede Aussicht auf eine Pflege während der Wochenzeit, und doch waren da vier und sieben Kinder zu versorgen, alle elend und strophulös, verkrüppelt oder mit Krämpfen behaftet! Es gelang uns, vom Hauspflegeverein, den bürgerliche Damen leiten, Hilfe zu erlangen, die ohne unser Eingreifen den Familien nicht zuteil geworden wäre. Zu einem Falle, wo selbst das Allernotwendigste für das Wochenbett fehlte, konnten wir Bettwäsche beschaffen. Wir hatten den Erfolg, schwächlichen Kindern zu einer Erholungskur zu verhelfen, leider aber nicht in allen Fällen, wo es dringend notwendig gewesen wäre. Es gibt nämlich in Frankfurt a. M. noch Armenärzte, die ihre Zeit zu schade finden, um so einem armen Proletarierringel sein Elend zu beschleunigen! Ferner ist es den armen Eltern keineswegs in jedem Falle möglich, die Kleidungs- und Wäschestücke zusammenzubringen, welche die Kinder für eine Erholungskur mitbringen müssen. Es kommt vor, daß ein kränkliches Kind die ihm gebotene Wohltat einer Kur nicht genießen kann, weil Wohltätigkeitsvereine und andere Körperschaften nicht imstande sind, es mit den vorschristsmäßigen armseligen Fetzen auszustatten. Kinder, deren Bedürftigkeit zum Himmel schreit, tragen die bürgerlichen Zeitungen aus, in denen von den prunkvollen Toiletten deutscher Fürstlichkeiten bei der Krönungsfeier des englischen Königs ein langes und breites berichtet ward. In einem der hervorgehobenen Fälle haben wir den Armenverein veranlassen können, eine kleine Beihilfe zur Beschaffung von Wäsche und Kleidern zu geben. Auch in Zukunft werden wir versuchen, ihn zu dieser Mitwirkung heranzuziehen. Der Armenverein verfügt über Mittel, denn mancher Besizende beruhigt sein Gewissen, indem er dieser Organisation einen kleinen Beitrag zahlt und dann seine Augen gegen das Elend verschließt. Er hat ja seine Pflicht getan, geht hin, ihr Bedürftigen zum Armenverein, dort gibt man den Bittenden — soweit es reicht. Aber es reicht nicht, um vor Ausbeutung und Hunger all die proletarischen Kinder zu schützen, deren Väter in privaten und städtischen Diensten beispielsweise nicht mehr als 22 Mk. pro Woche verdienen. Damit kann die Familie nicht leben. Die Kinder müssen vor dem Vormittagunterricht ein paar Pfennige erwerben, ohne etwas gegessen zu haben, gehen sie in die Schule, hungrig folgen sie dem Unterricht, denn nur im Winter wird armen Schülern ein Frühstück verabreicht, aber der Hunger stellt sich auch im Sommer ein. Oft genug ist kein Brot im Hause. Wir haben

Familien getroffen, die sich von den Abfällen aus einer Hotelküche nährten und uns von den „guten Sachen“ erzählten, die manchmal dabei sind. Lobend anerkannten sie: „Wenn es verdorben ist, braucht man's nicht zu behalten und bekommt seine 20 Pf. wieder.“ In einer Familie, wo alle krank und elend aussahen, lebt man von Kartoffeln und Hülsenfrüchten, und wenn man sich einmal etwas zugute tun will, kauft man beim Metzger Abfallfleisch: die Enden, die schon ein bißchen schwarz sind und von den reichen Leuten nicht genommen werden. „Für 20 Pf. Stüchchen,“ riefte die Frau, „gibt eine kräftige Suppe.“ Der Arzt verschrieb einem Kinde dieser Familie Eisenlebertran. „Aber wenn das Kind ihn nimmt, bekommt es Appetit, und man hat nichts, ihn zu stopfen,“ sagte die Mutter. Während wir in einer anderen Familie forschten, was die Kinder zur gegenwärtigen Arbeit trieb, kam der Milchmann, um sein Geld zu fordern, das die Frau nicht zahlen konnte. Der Mann erklärte, seine Lieferung einzustellen; in der Familie gab es einen kranken Säugling. Wir haben die Frau an die Säuglingsberatungsstelle verwiesen und hoffen, daß ihr dort geholfen worden ist. Es ist eine Welt trostlosen Jammers, in der junge Proletarier zu Tausenden heranwachsen. Wir fanden das „Heim“ atzgebeuteter Kinder in überdrückenden Häusern, in denen wir kaum Menschen vermutet hätten, und mußten dort hören, daß die Eltern nicht einmal den Mietzins für solch ein Loch ausbringen konnten! Brutale Mahnbriefe der schwerreichen Hausbesitzer wurden uns vorgelegt, zitternde Mütter erwarteten die Stunde, wo sie mit ihren Kindern auf die Straße gesetzt werden sollten. Eine Frau erzählte uns, wie sie mit ihren Kindern in der gleichen Lage in den Frankenstein Hof gekommen war — das Asyl für obdachlose Familien. „Da bekamen wir alle Tage ein Brot — wie könnten wir uns das jetzt erlauben! — und $\frac{1}{4}$ Pfund Butter. Die Kinder wurden alle krank, weil sie das gute Essen nicht vertragen konnten.“ Göttliche Weltordnung!

Die Genossinnen haben sich auch während der Ferien der Kinder angenommen, denen nicht das Glück einer Reise lächelte. Sie unternahmen mit ihnen Spaziergänge in den Wald und sorgten dabei für Spiel und Unterhaltung. Wie groß das Bedürfnis war, dem sie damit entgegenkamen, bewies die von Tag zu Tag wachsende Zahl der Kinder, die unter der Obhut der Genossinnen hinausjogen, freudig begrüßt von den Freunden, beachtet von den Feinden. Am ersten Tage machten 255 Kinder den Spaziergang mit; als die Genossinnen zum Abschluß der Ferienausflüge die Kinder aus allen Stadtteilen zu einem gemeinschaftlichen Feste zusammenführten, waren es 600 fröhliche Proletarierringel, denen sie eine rechte Ferienfreude bereitet hatten. Bei jeder Gelegenheit werden jetzt die Genossinnen aufs freudigste von ihren kleinen Freunden begrüßt, die bereits von den nächsten Ferien erzählen. Die Kinderschulkommission hat in Frankfurt a. M. gezeigt, welch reiches Feld segensreichen Wirkens ihr offen steht, und daß die Genossinnen mit Verständnis es zu bearbeiten begonnen haben. Sie hoffen, daß sich die organisierten Frauen in immer größerer Zahl an diesen Arbeiten beteiligen werden. Sophie Ennenbach.

Politische Rundschau.

Die Marokkoaffäre lagert noch immer drohend wie eine dunkle Wetterwolke über den Völkern. Die bürgerlichen Blätter stellen aus dürftigen Andeutungen, die sie in Ministerratszimmern aufschnappen, oder aus Mitteilungen aus dritter Hand allerlei Möglichkeiten zusammen, erklären heute die Lage für ernst, morgen für beruhigend und so weiter in stetem Wechsel. Die Völker erfahren nach wie vor nichts über den Inhalt der deutsch-französischen Verhandlungen, nichts von den Zielen der deutschen Regierung, nichts von den Ergebnissen, die bislang erzielt wurden. Als unmündige Kinder müssen sie ruhig brav abwarten, wie die Würfel über ihr Schicksal geworfen werden von Diplomaten, denen die herrschenden Klassen die Abwicklung ihrer Geschäfte überlassen haben.

Die Affäre bewährt sich inzwischen als ein Mittel, die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien erheblich abzuschwächen, ein Ergebnis, das die Regierung immerhin als einen Gewinn ihrer Abenteuerpolitik buchen könnte, wenn nicht auf der anderen Seite dadurch das Klassenbewußtsein des Proletariats geweckt würde. Die bürgerlichen Parteien sind insgesamt einig im Bekenntnis zum Imperialismus, sind alle bereit, um einer Ausdehnung des kolonialen Gebiets und der Ausbeutungsmöglichkeiten willen eine gefährliche Politik zu unterstützen, eine Politik, die, wenn sie auch nicht unmittelbar zum Krieg führen sollte, auf alle Fälle die Gegensätze zwischen den Staaten verschärft und neue Kriegsrüstungen nach sich zieht. Sie können nicht anders — wer auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise steht, der muß auch ihre Kon-

sequenz, den Ausdehnungsdrang des Kapitals, die Weltpolitik anerkennen. Wer sich diesen Lebensnotwendigkeiten des Kapitalismus widersetzen will, der muß mit ihm brechen, der muß die kapitalistische Gesellschaftsordnung von Grund aus bekämpfen. Die Kleinbürger, die den Freisinnigen, den Nationalliberalen und dem Zentrum folgen, scheitern dabei freilich nur als Kanonensfutter für die Interessen der kapitalistischen Gruppen, die in diesen Parteien die Führung haben. — Am bemerkenswertesten ist die Rückhaltlosigkeit, mit der sich das Zentrum für die Weltpolitik einsetzt. In seinen führenden Blättern sind zeitweilig Artikel erschienen, die in ihrer herausfordernden Sprache und in Säbelgerassel wider Frankreich und England nicht zurückstehen hinter der Kriegshege alldeutscher Organe und solcher Blätter, die, wie die „Post“, von der Kanonen, Panzerplatten und anderes Kriegsmaterial liefernden Schwerindustrie ausgehen. Und der Wichtigster Erzberger erntete begeisterte Zustimmung bei allen Reaktionären und Aludeutschen, als er in einem Blatte des Herrn Schertl die Regierung aufforderte, Ausnahmegesetze über die vaterlandsfeindliche Sozialdemokratie zu verhängen. Habe doch der Genosse Däumig auf der Generalversammlung der Sozialdemokratie Groß-Berlins die Verhinderung der Mobilmachung propagiert. Abgesehen fand auch eine Korrespondenz, die neben dem Genossen Däumig noch den Genossen Karl Liebnecht und die „Leipziger Volkszeitung“ der Aufforderung zum Landesverrat bezichtigte und von Erwägungen der Regierung sprach, neue Gesetzesbestimmungen gegen solche Agitation zu erlassen, Anerkennung bis ins liberale Lager hinein. Schon vor diesen Ausfaltungen waren einige Blätter zu dem Schluss gekommen, die ganze Protestaktion der Sozialdemokratie wider das Marokkoabenteuer sei einfach Hochverrat. Das Proletariat hat sich durch solches Gezeifer natürlich nicht beirren lassen. In allen Teilen des Reiches fanden außergewöhnlich starke, eindrucksvolle Kundgebungen der arbeitenden Bevölkerung gegen die kapitalistische Weltmachtpolitik und für den Frieden statt. Wie lässig nehmen sich diesem Aufgebot der proletarischen Massen gegenüber die bürgerlichen Hauslein aus, die sich zusammensanden, um nach einer Blut- und Eisenpolitik zu schreien. In Berlin, der Dreieinhalbmillionenstadt, hatte man nach langer Vorbereitung und lärmender Reklame ganze 2000 Mann zusammengebracht. Diese für die Weltstadt winzige Schar verschwindet vor den Arbeitermassen, die während des Besuchs der französischen Gewerkschafter in der „Neuen Welt“ für den Völkfrieden demonstrierten und wird einfach erdrückt von den 200 000 Demonstrierenden, die am 3. September im Treptower Park zu einer riesenhaften Kundgebung gegen Kolonialpolitik und Kriegshege zusammenströmten. Angesichts dieses dröhnenden Aufmarsches des protestierenden Proletariats dürfte es den gewissenlosen Politikern doch schwinden werden, die von einem Krieg einen die Sozialdemokraten überrennenden Aufschwung des patriotischen Gefühls erwarten, und allen anderen, die im Marokkorummel eine packende „nationale“ Wahlsparole gegen die Sozialdemokratie zu finden hoffen.

Daß aber auch im Bürgertum keine allzu blinde Begeisterung für die Regierungspolitik aufkommt, dafür wird schon gesorgt. So hat der Kaiser in Hamburg wieder einmal eine Flottenrede gehalten, in der er zwar zuerst erklärt, daß der Konkurrenzkampf unter den Völkern friedlich ausgefochten werden könne, dann aber doch deutlich zu verstehen gibt, daß die Flotte weiter verstärkt werden muß. Den bürgerlichen Parteien ist dieser Hinweis durchaus nicht unangenehm. Vor den Wahlen sollte man doch etwas Kläres und zurückhaltender sein und nicht von solch kostspieligen Sachen wie Flottenverstärkung reden. Denn wie sollen dann die Wähler Vertrauen in die Versicherungen der bürgerlichen Mandatshaber setzen, daß die Finanzen Deutschlands für absehbare Zeit geordnet seien, daß weder Anleihen noch neue Steuern für wer weiß wie viel Jahre zu fürchten seien. Ist doch eine neue Flottenvorlage unter einigen hundert Millionen Mark gar nicht zu haben. Die bürgerlichen Blätter tun denn auch fast allesamt, als habe der Kaiser mit dem Worte Verstärkung nur den Ausbau der Marine im Rahmen des geltenden Flottengesetzes gemeint. Eine Auslegung, von der sich nur politische Kinder narren lassen. Als ob der Kaiser sich für eine bereits zum Gesetz erhobene Sache ins Zeug legen würde. Die Verstärkung der Flotte ist die selbstverständliche Folge des Marokkoabenteuers. Der Gegensatz zu England ist durch dieses aufs neue verschärft worden und die Aussichten auf Abrüstung fallen dabei elend ins Wasser.

Überhaupt ist Wilhelm II. zurzeit wieder äußerst fruchtbar im Reden. In Altona hat er in einer Rede, in der er auch der Öffentlichkeit erzählte, welch herrliches Weib und was für biedere Söhne er besitze, die Dürre und den Notstand, den sie im Gefolge hat, als eine vom Himmel gesandte Prüfung bezeichnet, der die Menschen sich beugen müssen. Da der Kaiser als „Instrument des

Himmels“ in innigerem Verhältnis zu diesem steht und besser über seine Pläne und Absichten unterrichtet sein muß als gewöhnliche Sterbliche, so kann er wohl für seine Wissenschaft in diesem Falle besonderen Glauben beanspruchen. Nur leider hat die deutsche Arbeiterklasse für eine solche Auffassung durchaus kein Verständnis. Sieht sie doch, daß diese „Prüfung des Himmels“ nur infolge menschlichen Eingreifens, nämlich der volksbedrückenden Wirtschaftspolitik der Regierung, so scharf auf die große Masse des Volkes herunterhagelt, sieht sie doch, wie infolge dieser Wirtschaftspolitik die „Prüfung des Himmels“ für eine Minderheit der Bevölkerung, für die Großgrundbesitzer, zu denen auch der Kaiser gehört, zu einem „Geschenk des Himmels“ wird. Und die deutschen Arbeiter sind auch gar nicht gewillt, sich dieser Prüfung zu „beugen“, da sie überzeugt sind, daß diese „Prüfung des Himmels“ erheblich gemildert werden könnte, wenn die Regierung ohne Rücksicht auf die Junker die Grenzsperrn und Lebensmittelzölle aufheben wollte, wenn amerikanisches Vieh und Fleisch nach Deutschland hereinkommen könnte. Aber von solchen Maßregeln will der blaueschwarze nationalliberale Block nichts wissen.

Die herrschenden Parteien haben ganz andere Sorgen im Kopfe. Sie sinnen angestrengt, wie dem Proletariat neue Fesseln angelegt werden könnten. Die „Konservative Korrespondenz“ forderte die sofortige Vorlage eines Ausnahmegesetzes zur Verhängung an den Reichstag, wodurch die Forderung des Zentralverbandes der Industriellen, das Streitpostenflehen mit harter Strafe zu belegen, noch vor der Verabschiedung des erst in mehreren Jahren fertigzustellenden neuen Strafgesetzbuchs erfüllt würde. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ verlangen das Koalitionsverbot zum mindesten für Arbeiter, die Kriegsbedarf anfertigen. Die Zentrumspresse aber heht weiter gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband und hat auch bereits in Baden und Elsaß-Lothringen neue Maßregelungen erzielt. Während sich in Baden die Pforzheimer Staatsanwaltschaft jüngst geweigert hatte, eine Firma zu verfolgen, die die Invalidentarten streikender Arbeiter wider das ausdrückliche Verbot des Gesetzes mit einem Stempel kennzeichnete, hat sie jetzt eine Haussuchung nach dem Manuskript eines Gewerkschaftsflugblattes veranstaltet. In diesem war nichts weiter gesagt, als daß der Arbeiter, der sich der gewerkschaftlichen Organisation nicht anschließt, ein Feigling sei und sich an seiner Familie und seinen Mitarbeitern versündigt. Das soll eine strafbare Ehrverletzung der Streikbrecher sein!

Die junge portugiesische Republik hat nunmehr ihre Verfassung und einen Präsidenten erhalten. Daß sie eine waschechte Bourgeoisrepublik ist, hat sie bereits durch brutale Verfolgung der Arbeiterbewegung bewiesen. Die Verfassung verwehrt auch den Arbeitern das Koalitionsrecht! Auch strengt sich die Regierung an, die radikale Trennung von Staat und Kirche, wie sie in der Revolution beschlossen worden war, möglichst zu vermeiden.

In Österreich erhalten die Konsumenten kein billiges gefrorenes argentinisches Fleisch mehr, weil die ungarische Regierung ihr Veto eingelegt hat. Die Öffnung der Grenze ist eine „gemeinsame“ Angelegenheit des Doppelstaats, und die ungarischen Junker haben daher die Macht, dem österreichischen Volke das billige Fleisch zu sperren und ihm das ungarische Vieh zu teuren Preisen aufzuzwingen.

Der durch die persische Revolution vertriebene ehemalige Schah Mohammed Ali ist mit russischer Hilfe wieder in das Land eingebrochen und marschiert mit nomadischen Stämmen, die unter seiner Führung auf Beute hoffen, auf die Hauptstadt Teheran. Bisher ist mit wechselndem Glück gekämpft worden. Der Erzschah hat indes Aussichten auf Sieg, da ihm Rußland Rückhalt und auch wohl materielle Unterstützung gewährt, während es der persischen Regierung an Geld und Truppen fehlt und ihr die russische und die englische Regierung Schwierigkeiten aller Art bereiten. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Mit 2017298 Mitgliedern schlossen nach der sechsten veröffentlichten Statistik der Generalkommission die freien Gewerkschaften das Jahr 1910 ab. Damit ist seit 1907 wieder der erste bedeutende Zuwachs im Zeitraum eines Jahres zu verzeichnen, und zwar ein Zuwachs von 184631 Mitgliedern im Jahresdurchschnitt. Im Krisenjahr 1908 war die Zahl der Mitglieder um beinahe 34000 gesunken, im Jahre 1909 hatte sie sich um nur 936 gehoben. Die Mitgliederzahl der der Generalkommission angeschlossenen Organisationen war in Wirklichkeit 1910 noch um einige Tausend höher, als die obenstehende Ziffer angibt. Denn darin sind nicht einbezogen die von der Statistik noch nicht erfaßten Verbände der Landarbeiter mit 11232 Mitgliedern und der Haus-

angestellten mit 4901 Mitgliedern. Bei 9 Verbänden ist im Verlauf von 1910 ein Verlust von zusammen 2634 Mitgliedern eingetreten, während die übrigen 44 Verbände insgesamt 238087 Organisierte gewonnen. Die Mitgliederzunahme von 184631 stellt den Jahresdurchschnitt des Zuwachses dar; die wirkliche Zunahme im vierten Quartal 1910, verglichen mit dem Mitgliederstand des vierten Quartals des Vorjahrs, betrug sogar 235453. Und heuer konnte auf dem Dresdener Gewerkschaftskongress berichtet werden, daß die Zentralverbände rund 2 1/2 Millionen Mitglieder zählen. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine mit ihren 122571 Mitgliedern weisen also insgesamt noch nicht so viel Organisierte auf, wie unsere Verbände in einem Jahre neu gewonnen haben. Die christlichen Gewerkschaften zählen 295129 Mitglieder. Besonders wertvoll ist es, daß die Organisierung der Arbeiterinnen im Berichtsjahr tüchtige Fortschritte gemacht hat. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist aber nicht nur an sich gestiegen, vielmehr im Verhältnis bei weitem stärker als die der männlichen Organisierten. Denn während die Zahl der letzteren um 10 Prozent wuchs, nahm die der ersteren um über 20 Prozent zu. Im Jahre 1909 hatte man einen Verlust von 4555 weiblichen Mitgliedern zu beklagen gehabt, 1910 ist die Zahl der weiblichen Mitglieder um 27624 gestiegen; ihre Gesamtzahl betrug nun 161512. Die organisierten Arbeiterinnen verteilen sich wie folgt auf die Verbände: Textilarbeiter 39524, Metallarbeiter 19610, Fabrikarbeiter 19213, Tabakarbeiter 15400, Buchbinder 12308, Buchdruckerhilfsarbeiter 8065, Schneider 8060, Handlungsgehilfen 6882, Schuhmacher 6443, Transportarbeiter 5321, Holzarbeiter 4354, Hutmacher 3584, Bäcker und Konditoren 2644, Kürschner 1413, Porzellanarbeiter 1313, Brauerei- und Mühlenarbeiter 913, Zigarrensortierer 862, Gemeindegewerkschaften 861, Sattler und Portefeuilier 857, Lederarbeiter 854, Gastwirtsgehilfen 601, Glasarbeiter 573, Blumenarbeiter 333, Bureauangestellte 189, Lagerhalter 119, Tapezierer 116, Hasenarbeiter 60, Fleischer 48, Maler 39, Gärtner 37, Steinarbeiter 9, Schmiede 4, Glaser 2 und Friseur 1.

Die Finanzverhältnisse der Gewerkschaften haben sich erheblich gebessert, und das trotz der Absicht der Unternehmer, durch Massenausperrungen die Verbände zu bluten. Die große Bauarbeiterausperrung und die Werftarbeiterausperrung stellten hohe Anforderungen an die Opferwilligkeit der Gewerkschaftsmitglieder. Durch Extrabeiträge, die von den Verbänden ausgeschrieben wurden, sind nicht weniger als 4338000 Mk. erhoben worden, dazu wurden noch 500000 Mk. von arbeitenden Mitgliedern in den Streikorten gesammelt. Fast 5 Millionen Mark an außerordentlichen Beiträgen haben also die freien Gewerkschaften für ihre Kämpfe aufgebracht. Von dieser Summe trugen die Maurer allein beinahe 2 Millionen Mark. Die Gesamteinnahmen unserer Zentralverbände erreichten die gewaltige Höhe von 64,4 Millionen Mark, die Ausgaben betragen 58 Millionen Mark, die Vermögensbestände stellten sich auf 52,5 Millionen Mark. Pro Kopf betragen die Gesamteinnahmen 31,9 Mk., die Ausgaben 28,7 Mk., das Kasernenvermögen 20 Mk. Unter den Ausgaben stehen diesmal die für Streiks an erster Stelle und überragen alle anderen bedeutend. Über 19 Millionen Mark wurden insgesamt von den einzelnen Gewerkschaften für Streiks in ihren betreffenden Berufen verausgabt, für Streiks in anderen Berufen und im Ausland 534633 Mk. Der nächstgrößte Ausgabeposten beträgt etwas über 9 Millionen Mark und entfällt auf die Unterstützung der Arbeitsunfähigen beziehungsweise Kranken. Für Arbeitslosenunterstützung wurden über 6 Millionen Mark verausgabt. In den vier Jahren 1907 bis 1910, die zum großen Teil unter einem Niedergang des Wirtschaftslebens litten, wurden für die eigentlichen humanitären Unterstützungszwecke (Reise, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Sterbefälle usw.) 74 Millionen Mark verausgabt. Der Bericht sagt dazu: „Sind die Unterstützungsanstalten für die Gewerkschaften auch nicht Selbstzweck, so haben sie doch in ihrer heutigen Ausdehnung eine weitgehende volkswirtschaftliche Bedeutung. Sie ermöglichen weiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung während der wirtschaftlichen Krisen eine Existenz und die Erhaltung der Arbeitskraft. Mit diesen Leistungen haben die Gewerkschaften wesentlich dazu beigetragen, die Leistungsfähigkeit der Industrie Deutschlands zu heben, denn diese hängt zum größten Teil davon ab, daß die Arbeiterschaft leistungsfähig ist. Um so mehr wäre es an der Zeit, daß die Faktoren, denen in erster Linie die Verpflichtung obliegt, diese Leistungsfähigkeit zu erhalten, den Gewerkschaften die von ihnen zu tragenden Lasten erleichtern.“

So haben unsere freien Gewerkschaften wieder einen gewaltigen Aufschwung genommen, der auch in diesem Jahre noch anhält. Wir hoffen, daß die Arbeiterinnen an diesem Aufstiege 1911 ebenso teilnehmen werden, wie im Jahre 1910. Zu dieser Erwartung be-

rechtigen uns nicht zuletzt die schönen Fortschritte, welche die politische Organisierung der proletarischen Frauen im Jahre 1910/11 verzeichnen kann.

Betreffs der angebrohten Metallarbeiterausperrung ist die eigentliche Entscheidung noch immer nicht gefallen. Die Metallindustriellen beraten hinter verschlossenen Türen. Anscheinend wollen vor allem die Berliner Großindustriellen nichts von einer Ausperrung wissen, während die Scharmacher aus Thüringen und Sachsen danach schreien und die Leipziger Unternehmer sie bereits zur Tat haben werden lassen, indem sie gegen 6000 Arbeiter auf die Straße warfen. Der Metallarbeiterverband nahm darauf noch etwa 1500 der qualifiziertesten Arbeiter aus den Betrieben heraus. Die Ausperrung umfaßt aber bei weitem nicht die angekündigten 60 Prozent der Arbeiter. Auch in Dresden, ferner in Saalfeld und einigen anderen thüringischen Städten kam es zur Ausperrung. Verhandlungen waren bisher ergebnislos. Wie die Bewegung sich weiterhin gestalten wird, ist jetzt noch nicht abzusehen, doch ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß eine allgemeine Ausperrung zustande kommt. Die meisten Unternehmer scheinen zurzeit wohl vor solch einem gewissenlosen Streich zurück. Sie müssen sich sagen, daß sie nicht allein die Erbitterung und den Kampfmut der Metallarbeiter gegen sich hätten, vielmehr müßte ihr unverantwortliches Vorgehen auch die anderen Gewerkschaften auf den Plan rufen, und die Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterklasse würde den Widerstand der Metallarbeiter stützen.

Ein umfangreicher Kampf ist in der Solinger Stahlwarenindustrie ausgebrochen. 1200 Arbeiter und Arbeiterinnen der Federmesserbranche stehen im Streik. Sie verlangen eine Lohnerhöhung und eine einheitliche Gestaltung des Tarifs.

Im Schlachtergewerbe zu Bremen wurde ein bemerkenswerter Tariskampf mit Erfolg für die Gehilfen beendet. Anfangs des Jahres wollten die Meister die aufstrebende Organisation der Gehilfen unterdrücken. Diesem Versuch des Koalitionsbruchs begegneten aber unsere Bremer Genossinnen mit einem äußerst wirkungsvollen Boykott. Als es auch gelungen war, die Viehverforgung für die boykottfreien Meister in die Wege zu leiten, kapitulierten endlich die Innungsscharmacher. Die Unternehmer konnten jedoch diese glatte Niederlage nicht gleich verwenden, sie mobilten mit dem gelben Gesellenbund einen sonderbaren Tarif zurecht, der unter anderem eine 13 bis 14 stündige Arbeitszeit vorsah. Der Schlachterverband kam aber der Sache zuvor und überfandte den Meistern einen Tarif, der in kurzer Zeit von den meisten Firmen des Gewerbes anerkannt wurde. So hat der Terrorismus der Unternehmer nur die Wirkung gehabt, daß die Organisation der Gehilfen sich kräftig entfaltet, und daß diese außerdem rasch bessere Arbeitsverhältnisse erreichten.

Es bedeutet eine Anerkennung gewerkschaftlicher Arbeiterschutzbestrebungen, daß der Steinseherversand für seine auf der Brüsseler Weltausstellung ausgestellte Musterbaubude das Diplom der goldenen Medaille erhielt. Wertvoller als eine Medaille wäre für die Arbeiter die Einführung dieser Baubude bei allen Straßenbauten.

Schreiende Mißstände, unter denen Theaterchorfänger und Choristen zu leiden haben, gibt der Allgemeine Chorführerverband der Öffentlichkeit bekannt. Alle Bemühungen dieser Organisation, die wirtschaftliche und rechtliche Lage seiner Mitglieder zu heben, werden durch die von den Theaterunternehmern und Bühnenleitern unterhaltenen Chorschulen und Extrachöre erschwert. Diese stellen eine Art Ersatzreserve, die den Choristen im Ernstfall in den Rücken fällt. Von den ungefähr 120 Bühnen, an denen die Berufschorsänger und -chorführerinnen überhaupt nur Stellung finden können, bezahlen nicht mehr als 28 ihr Personal das ganze Jahr hindurch, die anderen 92 Theater haben nur eine Winterspielzeit von 6 bis 8 Monaten. Von ungefähr 3000 Chorführern und -führerinnen sind gegen 1700 4 bis 6 Monate im Jahre ohne Verdienst. Die verlockenden Versprechungen der Leiter von Chorschulen veranlassen so manche, den bisherigen Beruf aufzugeben und in eine solche Anstalt einzutreten aus Begeisterung für die Kunst und in der Hoffnung, sich eine angenehmere und freiere Stellung zu erringen. Doch nur wenige von den vielen können an den 28 Jahrestheatern Stellung bekommen, den meisten blüht ein trauriges Los voll bitterer Enttäuschung, Verdienstlosigkeit, Not, wirtschaftlichem und oft noch moralischem Ruin. Der Allgemeine Chorführerverband bittet alle gewerkschaftlich Organisierten, die neben ihrem Beruf noch in Theaterchorschulen singen, von der ferneren Mitwirkung in diesen Anstalten Abstand zu nehmen. Die genannte Organisation ist eine Vereinigung von Bühnenchorführern und -führerinnen, die den Kampf gegen das viel zu wenig bekannte gleißende Glend dieser Ausgebeuteten entschlossen aufnehmen. #

Die Arbeiterinnen im Tätigkeitsbericht des Holzarbeiterverbandes. Unter dem Titel: „Jahrbuch 1910“ hat der Deutsche Holzarbeiterverband einen umfassenden Bericht über seine Tätigkeit im Vorjahr der Öffentlichkeit übergeben. Die Jahresberichte einer der größten deutschen Gewerkschaften und die Ergebnisse ihrer Tätigkeit erheischen nicht zuletzt das Interesse der Proletarierinnen, auch solcher, die nicht als Frauen von Holzarbeitern oder als Arbeiterinnen der Holzindustrie selbst mehr oder minder unmittelbar von dem Wirken dieser Organisation berührt werden. Das Jahrbuch gibt ein zusammenfassendes Bild des stetigen Vordringens der Organisation und der Erfolge des gewerkschaftlichen Kampfes, deren Bedeutung in der Tagespresse bei dem schnellen Wechsel der Ereignisse nicht so recht zum Ausdruck kommt. Die Fortschritte, die die Organisierung der Arbeiterinnen der Holzindustrie gemacht hat, sind bemerkenswert. 3152 Arbeiterinnen wurden neu für den Verband gewonnen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 3204 auf 5040, denn 1296 Arbeiterinnen sind im Berichtsjahr wieder aus dem Verband ausgeschieden. Unter Berücksichtigung des natürlichen Abganges durch Berufswechsel oder Heirat erscheint die letztere Zahl gering, besonders, wenn man erfährt, daß die männlichen Mitglieder bei 46619 Reuaufnahmen eine Zunahme von nur 11379 Mitgliedern zu verzeichnen hatten. Von den einzelnen Berufsgruppen der Holzindustrie weisen die größten Zahlen organisierter Arbeiterinnen auf die Bürsten- und Pinselmacher mit 1266, die Klaviermacher (Mechanikfabriken) mit 650, die Knopfmacher mit 354, die Polierer mit 347. Zu den übrigen weiblichen Mitgliedern stellen ein zahlreiches Kontingent die Nürnberger Bleistiftfabriken. Nürnberg ist auch der Ort, der die höchste Zahl weiblicher Mitglieder hat, nämlich 2124 neben 3771 männlichen. Außerdem kommen mit größeren Zahlen noch in Betracht: Berlin 394, München 340, Schmölin 326, Bremen 249 und Leipzig 210. Der Gesamtverband zählte am Jahreschluß 165 042 Mitglieder, nämlich 159 389 männliche, 5040 weibliche und 613 jugendliche.

Die Zunahme der weiblichen Mitglieder im Verband ist nicht ohne Wirkung auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse geblieben. Abgesehen davon, daß die 1174 Lohnbewegungen mit insgesamt 106 011 Beteiligten auch rund 4000 Arbeiterinnen erfaßt hatten, sind in mehreren von den 679 geltenden Tarifverträgen Bestimmungen über die Entlohnung der weiblichen Arbeitskräfte enthalten. Mit Ausnahme einer Nürnberger Bleistiftfabrik, mit der 10 Mk. Wochenlohn für jüngere und 13 Mk. für eingeschulte Arbeiterinnen vereinbart worden ist, sind in diesen Verträgen stets Stundenlöhne festgesetzt. So gewährt eine Bremer Stuhlfabrik für die ersten drei Arbeitswochen 18 Pf., bis zur achten Woche 18 Pf., hiernach 20 Pf. und nach einjähriger Beschäftigung 23 bis 24 Pf. Stundenlohn. Uhrenfabrikenarbeiterinnen erhalten in Freiburg in Schlesien 17 Pf., Knopfabrikerinnen in Hannover 16 Pf. Anfangslohn pro Stunde. In München zahlen die Galousiefabriken als Mindestlohn je nach dem Alter der Arbeiterinnen 18 bis 20 Pf., Goldleistenfabriken 17 bis 25 Pf. Für die Bürstenfabriken ist in Stettin 20 Pf., in Dresden 30 Pf. Stundenlohn verzeichnet. Wie diese Beispiele zeigen, sind die vereinbarten Löhne für Arbeiterinnen noch recht niedrig, doch sehen diese Sätze weit über denen, die in den Betrieben gezahlt werden, die von der Organisation noch nicht erfaßt worden sind.

Ist so die Gewerkschaft bemüht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen zu verbessern, so dienen die Unterstützungs-einrichtungen dazu, den einzelnen Mitgliedern über die Stunden besonderer Not hinwegzuhelfen und ihre Widerstandskraft in den Kämpfen zu stärken. Während der Jahre der Krise wurde namentlich die Arbeitslosenunterstützung stark in Anspruch genommen, was jetzt etwas nachgelassen hat. Immerhin kam dieser Unterstützungs-zweig noch 27 111 männlichen und 198 weiblichen Mitgliedern zugute. Erstere erhielten im Durchschnitt je 24,50 Mk., letztere, die nur den halben Beitrag zahlen, je 9,13 Mk. Stärker nahmen die weiblichen Mitglieder die Krankenunterstützung in Anspruch. 1040 Arbeiterinnen bezogen zusammen 10 892 Mk. oder durchschnittlich 10,47 Mk., während 28 888 Männer durchschnittlich je 19,68 Mk. erhielten. Von den übrigen Unterstützungs-zweigen kam für die Arbeiterinnen nur noch das Sterbegeld in Betracht. Insgesamt sind an 1276 weibliche Mitglieder 13 249 Mk. Unterstützungsgelder ausbezahlt worden, worin allerdings die Streikunterstützungen nicht eingerechnet sind. Von wesentlicher Bedeutung ist auch die Hilfe, die der Verband seinen Mitgliedern vor Gericht gewährt. Bei der Ausübung des ihnen gesetzlich gewährleisteten Vereinigungsrechts kommen die Arbeiter nur zu häufig mit überreizten Behörden in Konflikt. In nicht weniger als 251 Fällen mußte der Verband

den Mitgliedern in Strafprozessen beistehen. Außerdem gewährte er 279mal in Zivilprozessen Rechtsschutz, wobei in der Mehrzahl der Fälle Lohnforderungen an die Arbeitgeber Anlaß zur Klage gaben.

Mehreremal wandte sich der Verband mit Eingaben an die Behörden. An den Reichstag wurde eine Petition gerichtet auf Erlass einer Verordnung gegen die Brandgefahr bei der Zelluloidverarbeitung. Die Zelluloidverarbeitung mit ihren Gefahren kommt hauptsächlich in Betracht in der StocK-, Kamm- und Galanteriewarenindustrie, in deren Betrieben zahlreiche jugendliche und weibliche Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Weitere Eingaben wurden an den Reichstag gerichtet gegen die Konkurrenz der billigen Gefängnisarbeit in der StocKindustrie sowie gegen den Entwurf des Kurpfuschereigesetzes, durch welches sich die Branche der Hartgummibredschler bedroht sah.

Im Jahrbuch ist auch ein umfassendes Gutachten wiedergegeben, das der Verbandsvorstand über die Lehrlingsfrage erstattete. In diesem werden unter anderem als nächste Schritte zur Reform des Lehrlingswesens gefordert: Verbesserung der Schutzbestimmungen für Jugendliche, höchstens achtstündige Arbeitszeit; Abschaffung des Rechts der körperlichen Züchtigung, Verbot der Heranziehung zu häuslichen Dienstleistungen, öffentliche Lehrstellenvermittlungen.

Ein weites Arbeitsgebiet, das mit Eifer und Erfolg bearbeitet wurde, stellt uns dieser Jahresbericht des Deutschen Holzarbeiterverbandes vor Augen. Unsere Pflicht ist es, die der Organisation noch fernstehenden Massen der Arbeiter und Arbeiterinnen über die Tätigkeit und die Erfolge des Verbandes aufzuklären, ihnen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Ausgebeuteten zum Bewußtsein zu bringen. Dann wird der nächste Jahresbericht über noch viel größere Fortschritte Zeugnis ablegen können. (K.)

Fortschritte der gewerkschaftlichen Arbeiterinnenorganisation in England. Wir haben bereits in letzter Nummer berichtet, daß die gewaltige Streikbewegung, die England überflutete, auch die erwerbstätigen Proletarierinnen ergriffen hatte, und daß zum Beispiel in London allein gegen 15 000 Arbeiterinnen der Konserven- und Zuckerverfabriken in den Ausstand getreten waren. Auch in Cardiff „meuterten“ die Lohnklovinnen in einem Streik wider ihre Ausbeuter. Größere und kleinere Lohnhöhungen waren die Frucht gemeinsamen Vorgehens. Es handelte sich bei den Kämpfen fast ausschließlich um Proletarierinnen, die bis dahin der Arbeiterbewegung, der Organisation fern standen. Mit unwiderstehlicher Stärke erwachte plötzlich das Solidaritätsbewußtsein in ihnen und das Bedürfnis nach festem Zusammenschluß. Die Gruppen englischer Genossinnen, die das Schwergewicht ihrer Betätigung in das Wirken für die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen legen, ließen sich natürlich angelegen sein, die Situation zu nutzen. Die Women's Labour League (Liga für die Interessen der erwerbstätigen Frauen) entfaltete eine rührige Tätigkeit, um die Arbeiterinnen der National Federation of Women Workers (dem Landesverband für Arbeiterinnen) zuzuführen. Der „Labour Leader“, das Organ der „Unabhängigen Arbeiterpartei“, veröffentlichte die nachstehende anschauliche Schilderung von der Stimmung, die sich der Arbeiterinnen bemächtigt hatte.

Der Unternehmer wird eines schönen Morgens von lautem Stimmengewirr in seinem Fabrikhofe geweckt, wo Frauen und Mädchen aufgeregt diskutieren. Er glaubt zunächst zu träumen. Als der Lärm wächst, scheint es ihm, die Frauen und Mädchen hätten alle miteinander den Verstand verloren. Es wird dem Herrn zu toll, und er weist sie hinaus. Befriedigend sieht er ihrem Abmarsch zu, doch ach! sein Genuß ist von kurzer Dauer: es zeigt sich, daß sein Arbeiterinnenstamm gleichfalls mit abgezogen ist.

Die Arbeiterinnen ziehen von Fabrik zu Fabrik, überall ihre Schwestern zum Ausstand auffordernd. Der Gedanke des Streiks liegt in der Luft. Die schüchternsten Mädchen werden lebhaft und sind eifrig dabei. Die Unternehmer wüten, die Aufseher reden zu, alles hilft nichts. Vielleicht zum ersten Male in ihrem Leben war diesen armen Arbeiterinnen im glühenden Sonnenschein dieser tropisch heißen Sommermonate zum Bewußtsein gekommen, wie düstlich ihre Lebenshaltung, wie abgearbeitet und entstellt ihre Hände. ... Oft wurden die Versammlungen der Arbeiterinnen dicht vor den Türen der Fabriken abgehalten. Der Unternehmer mußte wohl oder übel mit anhören, wie die Mißstände seines Betriebs laut in die Welt hinausgerufen wurden. Was er meist hören mußte, war das Folgende:

Rednerin: „Nun kommen wir zur Lohnfrage. Ist es wahr, daß Frauen unter euch sind, die nur 8 Schilling (8 Mk.) die Woche verdienen?“

Der Chor: „Ja, Miß.“

Rednerin: „Wie steht es mit Lohnabzügen und Strafgebühren?“

Auß der Menge: „3 Pence (25 Pf.) für zehn Minuten Verspätung, 1 Penny (8 1/2 Pf.) Abzug für den Wasorraum und 2 Pence für den Speiseraum, der für ein Ferkel zu schlecht ist, und —“

Rednerin: „Liegen noch andere Beschwerden vor?“

Chor: „Ja, Miß. Wir haben keine Frühstückspause, und wenn man sich in die Hand schneidet, läßt er einen nicht zum Verbinden nach dem Krankenhaus gehen, und wir bekommen nur 5 Farthing (10 Pf.) für die Überstunde.“

Rednerin: „Gut, nun wollen wir uns dem Verband anschließen, nicht?“

Chor: „Ja, Miß.“

Rednerin: „Sehr gut, dann wird der Verband eine Deputation entsenden, die bessere Arbeitsbedingungen verlangt. Wollen wir die Beseitigung aller Lohnabzüge fordern?“

Chor (entzückt): „Ja, Miß.“

Rednerin: „Doppelte Bezahlung für Überstunden?“

Chor (begeistert): „Ja, Miß.“

Rednerin: „Zehn Minuten Frühstückspause an jedem Morgen?“

Chor (außer sich): „Ja, Miß.“

Rednerin: „Nun kommen wir zu den Löhnen. Was wollen wir fordern? (Pause.) Ich denke, ein anständiges Mädchen kann in London mit weniger als 15 Schilling nicht leben. (Dumpfes Getöse von oben: der Unternehmer ist vor Schreck vom Stuhle gefallen.)

Der Chor bricht in begeisterten Jubel aus. Zustimmung von allen Seiten. Eine Pessimistin ruft: „Wollen hoffen, daß wir es kriegen!“

Die Versammlung endet mit dem ausgelassenen Freudentanz und Gesang der Arbeiterinnen.

Einer ersten Versammlung ließen die agitierenden und organisierenden Genossinnen selbstverständlich weitere Zusammenkünfte folgen, in denen die Konstituierung der neuen Zweigvereine des Arbeiterinnenverbandes vor sich ging und deren Vorstände gewählt wurden. Dann kam der große Augenblick, in dem die Verbandskarten ausgeteilt wurden. In den Kämpfen der Arbeiter hatte die „Karte“ der Organisation eine große Rolle gespielt. Viele Unternehmer hatten sich verpflichtet müssen, niemand ohne „Karte“, das heißt keine Anorganisierten einzustellen. Die Arbeiterinnen wollten, daß es für sie ebenso gehalten werde. Meilenweit liefen sie, stundenlang warteten sie, um die kostbare Karte zu erhalten. Die Vorstandsmitglieder der Organisation schrieben sich die Finger wund an den Karten. Erstaunlicher schien den Genossinnen das Verlangen der Unternehmer nach Karten für ihre Arbeiterinnen. Der Besitzer einer der größten Konfervenfabriken Londons hat de- und wehmütig um Karten für seine Arbeiterinnen, erbot sich sogar, die Eintrittsgelder für sie zu bezahlen. . . . „Als es soweit gekommen war,“ heißt es im „Labour Leader“, „waren wir es, die zu träumen glaubten.“ Vor unseren tätigen Genossinnen steht nun eine große Aufgabe. In der heißen Atmosphäre der großen allgemeinen Bewegung werden Tausende von Frauen und Mädchen in den „Arbeiterinnenverband“ hineingerissen werden. Es gilt nun, sie dauernd an die Organisation zu fesseln und zu schulen. Das ist ein schweres, aber auch ein dankbares Stück Arbeit.

Genossenschaftliche Rundschau.

Die Hauptstadt des Reiches, Berlin, war bis vor einigen Jahren noch das Sorgenkind der modernen Konsumvereinsbewegung Deutschlands; dort wollte es nicht vorwärts gehen, trotz der Arbeitermassen, die in und um Berlin wohnen und diese Weltstadt zu einer Hochburg der deutschen Sozialdemokratie machen. Das Genossenschaftswesen war in Berlin bis vor zehn Jahren eigentlich über Experimente und wenig lebensfähige Vereine nicht hinausgekommen. Neben zwei älteren, verdorrten bürgerlichen Vereinen fristeten dort um die Wende des Jahrhunderts etwa ein Duzend winziger Konsumgenossenschaften kümmerlich ihr Leben, deren bedeutendste die von anarchistischer Seite gegründete „Befreiung“ war. Ein geplanter Zusammenschluß sämtlicher Vereine scheiterte an Meinungsverschiedenheiten sowohl über die Form als über den Inhalt der Genossenschaft. Dagegen kam es 1900 zum Zusammenschluß von fünf dieser Vereine, die zusammen etwa 1000 Mitglieder zählten, in dem freien Berliner Konsumverein, dem zwei Jahre später auf der anderen Seite die Zusammenfassung der Vereine Berlin-Nord, Süd, Schöneberg und Weißensee in die eingetragene Konsumgenossenschaft Berlin u. A. folgte. Der 1899 gegründete Verein Berlin-Nord wurde dabei als Grundstock betrachtet. Hier waren bei der Vereinigung 2199 Mitglieder vorhanden. Obwohl durch diese Zusammenfassungen die Stöckkraft der Bewegung erhöht wurde, ging es immer noch langsam genug vorwärts. Zu Beginn des Jahres

1908 zählten beide Vereine zusammen erst 10000 Mitglieder, ein für Berlin mehr als bescheidenes Ergebnis. Inzwischen hatten die beiden Vereine sich einander so weit genähert, daß an ihre Vereinigung gedacht werden konnte. Sie erfolgte durch Aufgehen des B. K. V. in die Konsumgenossenschaft u. A. Damit schien der Bann gebrochen. Das Interesse der Berliner Arbeiterschaft für die Genossenschaftsidee erwachte plötzlich. Ein Jahr nach der Verschmelzung, am Schlusse des Geschäftsjahres 1908/09, hatte sich die Mitgliederzahl der geeinigten Genossenschaft verdoppelt; der Umsatz war von 1,1 auf 2,8 Millionen Mark gewachsen. Das nächste Geschäftsjahr brachte eine Steigerung der Mitgliederzahl auf 28000 und des Umsatzes auf 4162000 Mk. Einen weiteren Impuls gaben die Beschlüsse des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen und des Magdeburger Parteitages. In Scharen strömten nun unsere Arbeiter der Genossenschaft zu. Gegenwärtig hat die Mitgliederzahl bereits das 40. Tausend überschritten und der in 58 Verkaufsstellen erzielte Umsatz wird im laufenden Geschäftsjahr voraussichtlich 6 Millionen erreichen. Damit ist die Berliner Konsumgenossenschaft in die Reihe der größten deutschen Vereine gerückt und sie wird, wenn die Entwicklung in diesem Tempo fortschreitet, bald den ihr gebührenden ersten Platz in der deutschen Konsumvereinsbewegung einnehmen. — Das erste Zeichen einer lebhaften Vorwärtsbewegung hat die Konsumgenossenschaft Berlin mit der Schaffung einer neuen großen Betriebsanlage in Lichtenberg gegeben, die vor einiger Zeit eröffnet wurde. Neben einem großen Zentrallager, Büroräumen, Kaffeebörsterei, Mineralwasserfabrik usw. enthält die neue Anlage eine große modern eingerichtete Bäckerei und alles, was sonst zu einem Großbetrieb dieser Art gehört. Damit ist neuer Grund zur kräftigen Weiterentwicklung gelegt.

In der zweiten Augustwoche tagte in Stettin der Allgemeine Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, von dem bekanntlich im Jahre 1902 die moderne Konsumvereinsbewegung sich abtrennte, um einen eigenen Zentralverband zu gründen. Dem bürgerlichen allgemeinen Verband, an dessen Spitze der bekannte Genossenschaftspolitiker Dr. Erüger steht, bereiten die modernen Konsumvereine allmählich schwere Sorge. Die Herren des bürgerlichen Verbandes scheinen zu fürchten, daß von deren Geiste auch die noch im Allgemeinen Verband verbliebenen Konsumvereine angesteckt werden könnten. Der Gesamtausschuß hatte einen Antrag vorgelegt, aus dem, und besonders aus dessen Begründung, diese Angst deutlich herausblüht. Der Antrag lautet: „Die Genossenschaften als Mittel im Klassenkampf zu verwenden, verstößt gegen ihre wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben. Den Genossenschaften ist den politischen Parteien gegenüber strengste Neutralität zur Pflicht zu machen.“ — In der Begründung durch Verbandsdirektor Dr. Alberti-Wiesbaden wurde unter anderem auf die Sozialistenkongresse in Kopenhagen und Magdeburg verwiesen, aus deren Beschlüssen Herr Dr. Erüger und Genossen Gefähr wittern. Denn Herr Alberti führte unter anderem aus: „Da die Konsumvereine zum größten Teil sozialdemokratische Mitglieder haben, werden sie sich sicherlich diesen Beschlüssen fügen. Aber auch unsere Vereine haben sehr viele sozialdemokratische Mitglieder, und bei der strengen Disziplin dieser Partei ist zu vermuten, daß auch diese unsere Mitglieder bestrebt sein werden, jenen Beschlüssen nachzukommen.“ Man befürchtet also, daß die Flammen Klassen-genossenschaftlicher Erkenntnis auch in die Domäne der Bürgerlichen hinüberschlagen könnten. In der Debatte wurde viel krauses Zeug geredet, doch auch die Vernunft kam einmal zu Wort. So bemerkte ein Baumeister Schlegel aus Köln: „Ich bin der Meinung, daß durch die Resolution nichts erreicht wird; denn die Sozialdemokraten werden ihre Konsumvereine nach wie vor beherrschen. Ich bitte Sie, den ersten Satz der Resolution zu streichen, da er nur ganz unnötigerweise gehässig gegen die Sozialdemokratie ausgelegt wird.“ Nun lenkte auch Herr Alberti etwas ein, indem er erklärte: „Ich habe nichts von sozialdemokratischen Konsumvereinen gesprochen. Ich wüßte keinen Verein, der als solcher zu bezeichnen wäre. Wir haben es hier auch nicht mit einzelnen Vereinen zu tun.“ Dieses Geständnis wird man sich gegenüber gewissen Hehereien merken müssen. Der Antrag wurde natürlich angenommen. Im übrigen interessieren uns die Verhandlungen jenes Kongresses nicht weiter.

Der Verbandstag österreichischer Konsumvereine wurde Ende Juni in Wien abgehalten. Es wurde, wie in Deutschland, der korporative Beitritt sämtlicher verbandsangehörigen Genossenschaften zum Internationalen Genossenschaftsbund beschlossen. Nach dem Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes und des Sekretärs kann die Lage der Konsumvereine in Österreich im allgemeinen als

erfreulich bezeichnet werden. Mit Befriedigung wird konstatiert, daß in Hinsicht auf Mitglieder- und Umsatzbewegung die Entwicklung eine verhältnismäßig günstige gewesen ist. Die Zahl der dem Verband angeschlossenen Vereine ist in dem Berichtsjahr von 485 auf 512 gestiegen. Es sind 45 Vereine beigetreten und 18 ausgeschieden. Von den Ende 1910 vorhandenen verbandsangehörigen Vereinen waren 360 deutscher, 89 tschechischer, 80 polnischer, 19 italienischer, 13 slovenischer und 1 rumänischer Nationalität. Soweit selbständige Zahlen vorlagen, hatten 337 Konsumvereine Ende 1910 235597 Mitglieder und einen Umsatz von 73784794 Kronen. Im Berichtsjahr zum Vorjahr ist, trotzdem 51 Vereine weniger berichtet haben, die Mitgliederzahl um 11550 gestiegen. Auch eine erhebliche Steigerung des Gesamtumsatzes wurde festgestellt. Die Verbandspresse nahm im Berichtsjahr eine befriedigende Entwicklung, indem sich die Ausgaben sämtlicher von dem Verband herausgegebenen Genossenschaftsblätter erhöhte. Die Auflage des Konsumvereins ist auf 4650, des Pionier auf 77000 Exemplare gestiegen. Das tschechische Verbandsorgan Potravni Spolek hatte am Ende des Berichtsjahres eine Auflage von 1250, das monatlich erscheinende tschechische Volksblatt Rozvoj eine solche von 12000 Exemplaren. Das im Berichtsjahr neugeschaffene polnische Genossenschaftsorgan Zespoleni brachte es zu einer Auflage von 2800 Exemplaren. In 50000 Exemplaren wurde die von Dr. Renner verfaßte Broschüre „Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Konsumvereine“ verbreitet. Die Bekämpfung der Konsumgenossenschaften durch Händler und Mittelhändler ist in Österreich nicht minder heftig als in Deutschland. Trotzdem und trotz der Schwierigkeiten, die die nationale Zerrissenheit Österreichs bereiten, entwickeln sich die österreichischen Konsumvereine erfreulicherweise recht gut. — Der Umsatz der österreichischen Großeinkaufsgesellschaft ist 1910 von 16056824 Kronen auf 20082752 Kronen gestiegen. Die Steigerung beträgt 25,07 Prozent. Im Jahre 1906, dem ersten Jahre ihrer Tätigkeit, betrug der Umsatz der österreichischen Großeinkaufsgesellschaft 7537999 Kronen. Die Zahl der Gesellschafter beträgt 256. Es gehören dazu auch eine Anzahl gewerkschaftlicher Zentralverbände. Der Bericht bemerkt zu dieser Mitgliedschaft von Gewerkschaftsvorständen bei einem genossenschaftlichen Unternehmen, diese Tatsache erfülle die Leitung der Großeinkaufsgesellschaft für österreichische Konsumvereine mit besonderer Genugtuung. Je inniger das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften sich gestaltet, desto stärker müsse die Grundlage jeder dieser beiden Organisationen werden. In dem Jahresbericht ist die Mitteilung zu finden, daß die Gesellschaft dem Zentralwahlfonds der Sozialdemokratie einen Betrag von 8000 Kronen überwiesen habe. Begründend wird dazu bemerkt, zunächst sei ja die Mehrzahl der Mitglieder der Konsumvereine in Österreich politisch zur Sozialdemokratie zu rechnen. Außerdem sei aber die sozialdemokratische Partei die einzige Partei, der die Konsumvereine die parlamentarische Vertretung ihrer Interessen anvertrauen könnten. Sie hätten ein Interesse daran, daß in das neue Abgeordnetenhaus eine starke sozialdemokratische Fraktion einzieht, die instand ist, die Bestrebungen jener Parteien wirksam zu durchkreuzen, die durch eine Reform des Genossenschaftsgesetzes den Bestand und die Weiterentwicklung der Konsumvereine bedrohen wollen. Die Neutralitätspolitik dürfte diese graufige Tatsache mit Angst und Bangen erfüllen.

Der Verband schweizerischer Konsumvereine zählte Ende 1910 328 Vereine. Der Umsatz der Zentralsstelle betrug 27765800 Franken. Das Genossenschaftliche Volksblatt wird von 180 Vereinen in 138500 Exemplaren bezogen. Der Verband beschäftigte 264 Personen: 174 in der Zentralverwaltung, 80 in den auswärtigen Lagerhäusern. Mustergemäß sind die Arbeitsbedingungen, die bereits seit 1904 gewähren: Ferien, Gehaltszahlung während militärischer Übungen, desgleichen bei Erkrankung in den ersten sechs Monaten das volle, in den folgenden das halbe Gehalt, Beitrag von zwei Dritteln zur Krankenversicherung (noch nicht gesetzlich vorgeschrieben) des Angestellten und seiner Familie, acht- bis neunstündige Arbeitszeit usw.

Eine Statistik hat der norwegische Genossenschaftsbund über seine Verbandsvereine veranstaltet. Diese Statistik erstreckt sich auf 68 Genossenschaften, jedoch haben hiervon nur 54 Angaben geliefert. Der größte Verein zählt 2174 Mitglieder, zwischen 1000 und 2000 Mitglieder haben vier Vereine; über 500 Mitglieder besaß ein Verein, die übrigen hatten weniger als 500 Mitglieder. Das Personal der Genossenschaften umfaßte insgesamt 295 Angestellte, und zwar 155 männliche und 140 weibliche. Der Umsatz der Angaben liefernden Vereine belief sich auf 5205400 Kronen.

H. F.

Notizentell.

Dienstbotenfrage.

Eine Küchenanrichte als Schlafstätte, das ist ein Beleg zu dem Kapitel des Dienstbotenlebens. Auf Veranlassung der Leipziger Ortsgruppe des Hausangestelltenverbandes wurde kürzlich eine Küchenanrichte photographiert, die viel zu klein und mit faulem, stinkendem Stroh gefüllt das Bett eines Dienstmädchens darstellte. Die Anrichte ist 1,55 Meter lang und 53 Zentimeter breit. Das Mädchen, das zur Zeit der photographischen Aufnahme in dieser Holzliste in der Küche schlief, ist 1,65 Meter groß, konnte also nur ganz zusammengekrümmt darin liegen. Die Anrichte wird am Tage beim Gebrauch fortgesetzt durchnäht, wodurch das darin liegende Bettstroh verfaule und stinkig wurde. Geklärt durfte die herrliche Schlafstätte tagsüber nicht werden, so daß sich das Mädchen abends in einer balsamischen Atmosphäre zur „erquickenden“ Ruhe legte. So trostlos wie das Lager, so erbärmlich waren die übrigen Arbeitsverhältnisse. Bei schmaler Kost wurden 12 Mk. Monatslohn gezahlt. Kein Wunder, wenn die Hausangestellten diese Stellung stets sehr bald satt haben. Die saubere Herrschaft erhält ihre Dienenden durch das Marthahaus vermittelt, das sich den zureisenden Mädchen vom Lande auf allen Bahnhöfen empfiehlt und angibt, es weise gute Stellen nach. Der Hausangestelltenverband in Leipzig hat Karten mit der Ansicht des mufterhaften Schlafgemachs in einer Auflage von 2000 Stück herstellen lassen, die sehr schnell vergriffen waren, so daß er jetzt das dritte Tausend herausgibt. Die anderen Ortsgruppen des Hausangestelltenverbandes sollten sich diese Ansichtskarte verschaffen und für die Agitation verwenden, auch zur Aufklärung über den Wert der Versprechungen, die das Marthahaus macht. Der geschilderte Fall steht sicher nicht vereinzelt da, nur ist es schwer, solche ungeheuerliche Schlafräume festzustellen. Die Beseitigung der krassen Übelstände, die so oft den Schlafräumen der Mädchen anhaften, kann nur der Verein der Hausangestellten durchsetzen, dem jedes Dienstmädchen in seinem eigenen Interesse als Mitglied beitreten muß. Anmeldungen zum Beitritt werden in Leipzig jederzeit im Arbeiterssekretariat, Zeitzerstraße 82, und bei der Vorstehenden, Frau Auguste Jennig, Leipzig-Neustadt, Kirchstraße 89, entgegengenommen.

A. Hg.

Frauenstimmrecht.

Kein allgemeines politisches Frauenwahlrecht in Norwegen, das ist das Ergebnis der Verhandlungen des Storting über einen Gesetzesvorschlag des Verfassungskomitees, das geltende beschränkte Wahlrecht der Frauen zum Parlament durch die Änderung des § 50 der Konstitution durch das allgemeine zu ersetzen, wie es für die Männer in Kraft steht. Dieser Vorschlag erhielt zwar mit 73 gegen 43 Stimmen eine Majorität, aber nicht die Zweidrittelmajorität, die für Verfassungsänderungen vorgeschrieben ist. Die Gegner eines wirklich demokratischen Frauenwahlrechts setzten sich zusammen aus Konservativen, Abgeordneten der „Freisinnigen Linken“ und einem bürgerlichen Radikalen. Wie die Dinge in Norwegen liegen, traten die Herren nicht als grundsätzliche Gegner der geforderten demokratischen Reform auf. Ihre Redner schützten nur „praktische Zweckmäßigkeitsgründe“ für die Ablehnung vor. Die Zeit für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts sei noch nicht da, so erklärte der Konservative Hagerup Bull, das Schicksal des Staates dürfe nicht in „unerprobte Hände“ gelegt werden. Der Führer der Konservativen, Brattlie, warnte vor der Neuerung aus — lauter Liebe zur Sache. Weil Norwegen in Europa zuerst das politische Frauenwahlrecht eingeführt habe, so meinte der Herr, dürften wir es nicht auf die rechtlosen 255000 ausdehnen. Das könne dem Ruf des Landes in den Augen der Welt schaden. Es versieht sich am Rande, daß die sozialdemokratische Fraktion geschlossen für das allgemeine Frauenwahlrecht eintrat. Besonders zerzauste Genosse Chr. Knudsen die Scheingründe der Gegner, hinter denen sich nur die Furcht vor dem Verlust der Mandate und vor der steigenden Macht der Arbeiterklasse versteckt. Das beschränkte Frauenwahlrecht, das an einen Steuerzensus gebunden ist, stärkt die Reihen der bürgerlichen Abgeordneten, das allgemeine Frauenwahlrecht würde zweifelsohne die Stimmen und Sitze der Sozialdemokratie vermehren. Genosse Knudsen geißelte die lächerliche Unkonsequenz des Vorentscheidens von den „unerprobten Händen“. Er hob hervor, daß man mit der Einführung und jeder Ausdehnung des Wahlrechts „das Schicksal des Staates“ in solche Hände gelegt habe. Als Norwegen 1814 den ersten entscheidenden Schritt zur politischen Selbständigkeit tat, waren es „unerprobte“, auf die man sich stützen mußte: die bis dahin wahlrechtlosen Bauern.

Das Werk, das ohne sie unmöglich gewesen wäre, wird alljährlich offiziell und allgemein gefeiert. Soll jemand ein Werkzeug richtig gebrauchen lernen, so muß es ihm zunächst in die „unerprobten Hände“ gegeben werden. Das trifft auch für das politische Werkzeug des Wahlrechts zu. Daß ungefähr der Hälfte der heute wahlrechtsmündigen Norwegerinnen ihr politisches Bürgerrecht vorenthalten bleibt, ist ein um so schreienderes Unrecht, als die im Staat und in der Gemeinde emanzipierten Frauen ihr Wahlrecht eifrig benutzt haben, selbstverständlich im großen ganzen ihrer Klassenlage entsprechend. Auch Liberale traten warm für das allgemeine Frauenwahlrecht ein. Damen der oberen Zehntausend hatten ihre Hoffnungen auf den Staatsminister Konow gesetzt. Im Frühling hatte er Frau Chapman-Catt, die bekannte amerikanische Frauenrechtlerin in Christiania gefeiert, jetzt fand er im Storting kein Wort für das Recht aller Frauen. Ungeachtet des zehnjährigen Widerstandes gegen die Beseitigung des Zensuswahlrechts der Frauen dürfte diesem keine allzu lange Lebensdauer beschieden sein. Neben dem allgemeinen Gemeindevahlrecht beider Geschlechter und dem allgemeinen Männerwahlrecht zum Parlament muß in einem Lande mit den sozialen und politischen Zuständen Norwegens das beschränkte Frauenwahlrecht bald dem allgemeinen Recht weichen. Abgesehen von den Umständen, welche die Gegnerschaft wider das letztere schwächen, bürgt dafür die Stärke der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und das Interesse, das sie daran hat, die entsprechende Agitation der Genossinnen zu unterstützen. Die Genossinnen hoffen, im Herbst 1912 den letzten Kampf für das allgemeine Frauenwahlrecht zu führen, einen siegreichen Kampf. Dank dieser Kräfte ist es ja auch möglich geworden, in der Gemeinde das beschränkte durch das allgemeine Frauenwahlrecht abzulösen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß schon die nächsten Wahlen die erforderliche Zweidrittelmajorität von Freunden des allgemeinen Wahlrechts ins Storting bringen. Vermerkt sei noch, daß die Sozialdemokratie gleichzeitig mit dem allgemeinen Frauenwahlrecht die Herabsetzung des Wahlrechtsalters für beide Geschlechter von dem 25. auf das 21. Jahr forderte. Der Antrag erhielt nur 19 Stimmen.

Anna Gjöfstin, Stavanger.

Der Kriegsschatz der englischen Suffragettes hat nun die angestrebte Höhe von 2 Millionen Mark bereits um 60000 Mk. überschritten. Die Schatzmeisterin des Fonds, Mrs. Pethick-Lawrence und ihr Gatte haben ihm im Laufe der letzten Jahre wiederholt Echenklungen von 20000 Mk. gemacht, und die Sammlungen gelegentlich von Demonstrationen und Versammlungen brachten nicht selten ähnlich hohe Summen ein. Sie weisen auf die begüterten, ja sehr reichen Kreise hin, aus denen sie stammen und lassen es begreiflich erscheinen, warum die Suffragettes dem allgemeinen Frauenwahlrecht kühl, ja feindlich gegenüberstehen.

Die Beteiligung der norwegischen Frauen an den Gemeindevahlen von 1910 ist erfreulich groß gewesen. 191631 Wählerinnen machten Gebrauch von ihrem Bürgerrecht neben 267503 Männern. 1907 hatten 234011 Männer gewählt und nur 90606 Frauen. Der bedeutende Zuwachs an weiblichen Stimmen ist allerdings keineswegs auf den fleißigeren Gebrauch des Stimmzettels allein zu setzen. In der Zwischenzeit zwischen den beiden Gemeindevahlen ist das Zensuswahlrecht der Frauen in das allgemeine umgewandelt worden. 1907 wurden in die Gemeindevertretungen 11134 Männer und 224 Frauen gewählt, 1910 aber 11716 Männer und 379 Frauen. In dem ersten genannten Jahre beteiligten sich in 186 Gemeinden die Frauen gar nicht an den Wahlen, 1910 aber war dies nur noch in 55 Orten der Fall.

Frauenbewegung.

Eine Konferenz über die Berufsberatung für das weibliche Geschlecht wird am 29. und 30. September in Berlin tagen. Sie geht von einer größeren Anzahl frauenrechtlicher und sogenannter gemeinnütziger Organisationen aus und wird von Dr. Alice Salomon-Berlin und Paula Müller-Hannover geleitet. Zur Erörterung kommen folgende Fragen: 1. „Warum gebrauchen wir eine Berufsberatung für die weibliche Jugend?“ Referent Dr. J. Silbermann. 2. „Grundsätze für eine gemeinnützige Berufsberatung“, Referentin Josephine Levy-Mathenau. 3. „Die Organe der Berufsberatung“, Referentin Meta Gadesmann. Drei Korreferate werden von den Damen Gennrich, Klausner und Behm erstattet über die Aufgaben der Schule, der Arbeitsnachweise, der Berufsorganisationen. Zu der Konferenz werden eingeladen: „Männer und Frauen, die ihren Einfluß bei der Berufswahl geltend machen können, Mitglieder staatlicher und städtischer Behörden, Geistliche, Ärzte, Lehrerschaft, Jugendzieher, Vormünder, Waisenspflger,

Leiter von Auskunftsrechtschulstellen, Arbeitsnachweisen und Lehrstellenvermittlungen, Schriftsteller, Journalisten und andere mehr.“

Verschiedenes.

Die Versorgung einer größeren Stadt mit Milch, diesem wichtigen Volksernährungsmittel, ist von Dr. Mach aus dem Statistischen Amt Halle eingehend untersucht worden. Da die Halleischen Verhältnisse für Großstädte typisch sind und die Milchfrage in diesen besonders brennend ist, seien die lehrreichen Ergebnisse dieser Untersuchung kurz wiedergegeben. Was zunächst den Milchbezug Hallees anbetrifft, so werden von insgesamt 38611,5 Liter 4,59 Prozent aus Kuhhaltungen in der Stadt zum Verkauf gebracht, auf Landwegen 60,18 Prozent und mittels Bahn 35,23 Prozent eingeführt. Die Milchproduktion innerhalb der Stadt (14 Kuhhaltungen mit 315 Milchkühen) hat demgemäß nur geringe Bedeutung für die Milchversorgung. Fast der ganze Bedarf wird durch Einfuhr gedeckt. Dabei kommen 59 Prozent der Gesamtzufuhr an Milch von auswärts aus Betrieben, die mehr als 500 Liter Milch liefern, 29,4 Prozent aus Betrieben mit einer Milchlieferungsmenge von 100 bis 500 Liter und 11,6 Prozent aus Betrieben, die weniger als 100 Liter liefern. Die Hauptmenge liefern also Großbetriebe. Der größte Teil der Milchzufuhr auf Landwegen (69,88 Prozent) stammt aus einer Entfernung von 5 bis 10 Kilometer. Mit geringerer oder größerer Entfernung nimmt die Zufuhr stark ab. Doch zeigte sich die bessere Leistungsfähigkeit der Großbetriebe auch darin, daß die Bedeutung der Kleinbetriebe mit zunehmender Entfernung von der Stadt rasch fällt. Von 2980 Liter Milch, die aus größerer Entfernung als 15 Kilometer kamen, stammten

5,94	Prozent aus Betrieben, die bis 100 Liter lieferten,
35,67	„ „ „ „ 100—500 „ „
58,39	„ „ „ „ über 500 „ „

Ganz ähnliche Verhältnisse zeigen sich bei der Zufuhr mittels Bahn. Nur ist hier die Zone, aus der am meisten Milch geliefert wird, hinausgeschoben. Während bei der Landzufuhr nur 12,82 Prozent der Gesamtlieferung auf Landwegen aus einer Entfernung von über 15 Kilometer kamen, waren es bei der Lieferung per Bahn 74,61 Prozent. Mit steigender Entfernung nahm auch hier die Beteiligung der Großbetriebe zu.

Die Produzenten sehen nur zum ganz geringen Teil selbst die Milch ab. Zwischen Produzenten und Konsumenten schieben sich beim Milchverkauf vielmehr die gewerbmäßigen Händler. „Die Ursachen für die Ausdehnung des mittelbaren Milchabfahes sind die steigende Entfernung des Produktionsortes vom Konsumtionsort, die Beteiligung großer Milchwirtschaften außerhalb der Stadt an der Milchversorgung und die Undurchsichtigkeit der Marktverhältnisse.“ Nach der Art des Milchverbrauchs scheiden sich Groß- und Kleinhandel ziemlich scharf. Im eigenen Betrieb verarbeiten Milch nur die Geschäfte, die mehr als 500 Liter täglich beziehen. Molkereiwirtschaft (Butterei, Käseerei) findet sich nur im Großhandel. Der Milchkleinhandel verkauft direkt an Haushaltungen. Mit zunehmender Größe des Milchgeschäftes nimmt der direkte Kundenverkauf ab. Der Großhandel allein verkauft weiter an Milchverarbeitungs-geschäfte und Zwischenhändler. Obgleich die Großhändler nur einen Teil ihres Milchbezugs direkt verkaufen, bringen sie doch fast ebensoviel Milch zum Verkauf als eine weit größere Zahl von Kleinhändlern. Von 164 einheimischen Händlern vertrieben 159 Händler, von denen jeder 0 bis 500 Liter bezog, 59 Prozent aller gelieferten Milch. 5 Großhändler, die je über 500 Liter auskaufen, gaben allein 41 Prozent aller überhaupt verkauften Milch ab. Auch diese Zahlen sind ein Beweis dafür, daß der Milchhandel immer mehr aus der Hand der Kleinbauern und Eigenproduzenten in die von spekulierenden Kapitalisten fällt. Spekulanten — an einzelnen Orten besitzen sie fast ein Monopol im Handel — beherrschen den Milchverkauf und damit die Milchpreise. Trotzdem die steigende Konzentration von Milchproduktion und Absatz im Interesse der Hygiene zu begrüßen ist, können wir Mach doch nicht zustimmen, wenn es ihm „ganz gleich“ scheint, ob die Träger der geforderten Unternehmungen mit großem Umsatz „die Städte oder gemeinnützigen Gesellschaften, genossenschaftliche Organisationen oder Privatunternehmer sind“. Gewiß sehen auch wir in der Zunahme des Großbetriebs einen Fortschritt, aber „die Forderungen, die Volkswirtschaft und Hygiene an die Milchversorgung unserer Großstädte zu stellen haben, befriedigend zu erfüllen“, vermögen Privatunternehmer nicht. Bisher haben sie uns nur unverdächtige Preissteigerungen des wichtigsten Nahrungsmittels gebracht.

E. L.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Betfin (Zunobel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.